

Ausgabe

5/2010

Bayerische Sozialnachrichten

Mitteilungen der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern

Ist die Soziale Marktwirtschaft
noch sozial?





Liebe Leserin, lieber Leser,

„Ist die Soziale Marktwirtschaft noch sozial?“ Diese Frage haben wir einem der über Bayern hinaus profiliertesten Unternehmer und Wirtschaftsvertreter gestellt: **Randolf Rodenstock**, Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Soziales und Wirtschaft – da scheinen Welten aufeinander zu prallen. Schon manche Begrifflichkeiten klingen in den Ohren ökonomischer Laien fremd – wenn nicht gar suspekt: Risikobereitschaft, komparative Vorteile, Entwertung des Humankapitals, Outsourcing und Offshoring, marktverwertbare Bildung – um nur wenige zu nennen. Zudem die Einschätzung des Autors, dass der heutige Sozialstaat weit über die ihm ursprünglich zgedachten Aufgaben – die Verhinderung von Armut im Falle von Arbeitslosigkeit und eine moderate Korrektur der Einkommensverteilung – hinausgehe. So seien Mindestlöhne ebenso wenig wirklich sozial wie die Zusage von Rentengarantien. Deutschland habe sich zu einem Um-

verteilungsstaat entwickelt, der Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft nicht fördere, sondern statt dessen Anreize zur Leistung senke. Sollte sich der Sozialstaat durch den Zwang der globalisierten Märkte auf seine eigentlichen Kernaufgaben beschränken, würde er, so Rodenstocks Überzeugung, eher wieder sozialer werden, als er es lange Zeit gewesen sei.

Ein profilierter, möglicherweise auch zum Widerspruch einladender, Themenbeitrag in dieser Ausgabe der *Bayerischen Sozialnachrichten*. Die kaum genutzte Rubrik „Leser schreiben“ lädt zur Meinungsäußerung ein.

Ihr

Friedemann Götzer

Friedemann Götzer

Impressum

Bayerische Sozialnachrichten
Zeitschrift der Landesarbeitsgemeinschaft
der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege
in Bayern (ISSN 1617-710X)

Herausgebende

Robert Scheller, Vorsitzender
Gisela Thiel, Stellvertretende Vorsitzende
Friedemann Götzer, Geschäftsführer

Verlag

Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen
und freien Wohlfahrtspflege in Bayern
Nördl. Auffahrtsallee 14, 80638 München
Telefon 089/153757- Telefax 089/15919270
E-Mail: LAGoefW-Bayern@t-online.de
Internet: www.lagoefw.de

Redaktion und Anzeigen

Friedemann Götzer (verantwortlich)
Nördl. Auffahrtsallee 14, 80638 München
Gültig ist die Anzeigenpreisliste vom 1.1.2010.

Redaktionsschluss

der Ausgabe 1/2011: 13. Dezember 2010

Die *Bayerischen Sozialnachrichten*
erscheinen in jährlich fünf Ausgaben
mit Beilage der Zeitschrift „Pro Jugend“.

Abonnementpreis

incl. Versandkosten und Mehrwertsteuer 20,45
Euro pro Jahr. Kündigung des Jahresabonnements
schriftlich bis sechs Wochen zum Jahresende.
Bei Abonnenten, die am Lastschriftverfahren teil-
nehmen, wird der Jahresbetrag ohne Rechnungs-
stellung eingezogen.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Mei-
nung des Verfassers wieder. Nachdruck nur un-
ter Quellenangabe gestattet.

Layout und Produktion:

Inge Mayer Grafik & Werbung
Amundsenstr. 8, 85055 Ingolstadt
Telefon 0841/456 77 66
ingemayer@t-online.de

Druck: Jugendwerk Birkeneck
Birkeneck, 85399 Hallbergmoos

INHALT

Thema

Ist die Soziale Marktwirtschaft
noch sozial? S. 3

Panorama S. 8

Mitgliedsorganisationen S. 11

Praxis

Rosenheimer Dolmetschernetz S. 20

Lebenslage alt, arm
und wohnungslos S. 22

Prävention spart Geld S. 26

Bücher S. 28

Ist die Soziale Marktwirtschaft noch sozial?



Randolf Rodenstock
Präsident der Vereinigung
der Bayerischen Wirtschaft

1. Einleitung

Auch Dank der Sozialen Marktwirtschaft hat Deutschland die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren besser überstanden als andere Länder. Die neuesten Umfragedaten aus diesem Jahr zeigen, dass dies auch von immer mehr Menschen so gesehen wird. Hatten laut einer Umfrage Allensbachumfrage im Jahr 2008 noch 38 Prozent eine schlechte Meinung von unserer Wirtschaftsordnung, so waren dies 2010 nur noch 28 Prozent, womit die Ablehnung wieder auf das Niveau der 1990er Jahre gesunken ist. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil in der öffentlichen Wahrnehmung dennoch vielfach suggeriert wird, die Soziale Marktwirtschaft wäre nicht mehr sozial und ungerecht. Aber die Welt um uns herum hat sich in den letzten 60 Jahren dramatisch verändert und dementsprechend muss auch unsere Wirtschaftsordnung immer wieder angepasst werden.

Schließlich hat die fortschreitende Öffnung der Märkte seit Mitte der 80er Jahre eine zunehmende Globalisierung der Handelsströme verursacht. Die Produkt- und Dienstleistungsmärkte haben sich internationalisiert. Auch die Mobilität von Kapital, vor allem von Finanzkapital, hat stark zugenommen. Mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa ist auch die internationale Verfügbarkeit vor allem von hoch qualifiziertem Personal angestiegen. Dies erfordert Anpassung der Ordnungen in einer Gesellschaft. Zwar gehen Globalisierung und technischer Fortschritt nach Ansicht von Ökonomen mit Wohlstandsgewinnen einher. Von größeren

Teilen der Bevölkerung werden die Veränderungen jedoch negativ wahrgenommen und die Fortschritte häufig übersehen.

Als Folge der globalisierungsbedingten Spezialisierungen und des technischen Fortschritts haben sich die Qualifikationsanforderungen an die Arbeitnehmer in den Industriestaaten Europas deutlich geändert. Die Herstellung von Produkten, die auf einfacher Arbeit basieren, wird in Niedriglohnländer ausgelagert, die hier über komparative Vorteile in deren Produktion verfügen. Geringqualifizierte in den europäischen Industriestaaten müssen damit entweder zumindest relativ zu den Höherqualifizierten Lohneinbußen hinnehmen, oder sie sehen sich mit steigender Arbeitslosigkeit konfrontiert. Damit aber ist ein gewaltiger Druck auf die sozialstaatliche Absicherung in Europas Industrienationen entstanden. Die Reflexion über die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft ist angesichts der Auswirkungen der Globalisierung und der übrigen Megatrends – insbesondere des demographischen Wandels – heute wichtiger denn je. Dieser Beitrag beschäftigt sich damit, inwiefern unsere Soziale Marktwirtschaft dem Druck der Globalisierung standhält und ob sie auch heute noch so sozial ist, wie es ihre Gründungsväter für sie vorgesehen haben.

Kapitel 2 beschreibt, warum die Marktwirtschaft selbst bereits viele soziale Elemente beinhaltet. Kapitel 3 listet auf, um welche Elemente sie durch einen Sozialstaat ergänzt werden muss. In Kapitel 4 wird aufgeführt,

warum die Soziale Marktwirtschaft wieder zunehmend sozialer wird, und Kapitel 5 rundet den Beitrag mit der Erläuterung ab, warum der Sozialstaat selbst keineswegs immer so sozial ist, wie man gemeinhin denkt.

2. Die Marktwirtschaft – sozial als mancher Markt

Die Marktwirtschaft ist eine Wirtschaftsordnung, die im Gegensatz zur Planwirtschaft auf Leistung und Gegenleistung, auf Angebot und Nachfrage beruht. Die Lenkung der Wirtschaft übernimmt der Preismechanismus, er bringt Angebot und Nachfrage zum Ausgleich. Ist das Angebot zu hoch, können zum aktuellen Preis nicht alle Anbieter ihre Waren absetzen. Folglich müssen sie sich unterbieten, der Preis fällt. Zum niedrigeren Preis erodieren die Gewinne, einige Anbieter – genau die mit den höchsten Kosten und daher niedrigsten Gewinnen – werden den Markt verlassen. Der Markt findet von selbst sein Gleichgewicht. Ist die Nachfrage zu hoch, überbieten sich die Nachfrager, der Preis steigt und es wird für zusätzliche Unternehmen lukrativ, den Markt zu bedienen. So gelingt es dem Marktpreis, für einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage zu sorgen. Adam Smith sprach von der unsichtbaren Hand, die den Markt ins Gleichgewicht bringt¹.

Dies funktioniert indes nur bei flexiblen Preisen. Und es funktioniert nur, wenn Marktein- und austritt uneingeschränkt möglich sind. Dazu braucht der Markt einen freien Marktzugang. Auf diesem Markt treten dann die Anbieter in Konkurrenz gegeneinander an. Für eine freie Marktwirtschaft ist das Prinzip des Wettbewerbs unabdingbar.

Wettbewerb auf der eigenen Marktseite ist nicht immer bequem. Anbieter meiden den Wettbewerb auf der Angebotsseite, suchen Marktnischen, betreiben Produktdifferenzierung, um ihm zu entgehen. Aber jeder Marktteilnehmer wünscht sich Wettbewerb auf der Marktgegenseite. Der Anbieter sieht sich ungern mit nur einem Nachfrager konfrontiert, der Nachfrager hingegen fürchtet die Marktmacht eines monopolistischen Anbieters. Wettbewerb verhindert Marktmacht. Die Verhinderung von Macht aber, auch von Marktmacht, entspricht genau dem, was wir als sozial und gerecht empfinden. Durch den Wettbewerbsgedanken hat Marktwirtschaft etwas zutiefst „soziales“ – weil er Macht verhindert und die Konsumentensouveränität stärkt.

Aber Wettbewerb leistet noch mehr: Er fordert und ermöglicht Höchstleistungen der Beteiligten, da diese im Wettbewerb bestehen müssen. Er sorgt dafür, dass sich leistungsfähige und preiswerte Produkte auf dem Markt und damit letztlich bei den Kunden durchsetzen und immer fortschrittlichere Lösungen entstehen. Wettbewerb ist ein Treiber für Fortschritt, Konkurrenz beflügelt die

Suche nach besseren Lösungen. Nur wer dem Kunden etwas bietet, bekommt von ihm eine Gegenleistung, kann also Umsatz und Gewinne machen. In anderen Worten: Nur wer anderen Gutes tut, bekommt auch einen Lohn dafür. Das erinnert sogar schon sehr an die christliche Nächstenliebe: Auch hier wird die soziale Komponente des Wettbewerbsgedankens deutlich. Ludwig Erhard hat aus diesen Gründen einmal gesagt: „Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch.“².

Die soziale „freie“ Marktwirtschaft ist dabei eine einzigartige Erfolgsstory. Sie hat in den vergangenen 60 Jahren einen wahren Siegeszug gefeiert. Das Ausmaß der historischen Tat von Ludwig Erhard, der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, ist kaum zu überschätzen. Nach der Währungsreform 1948 begann die Zeit der Wohlstandssteigerungen in Deutschland. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hat sich unter Berücksichtigung der Preisentwicklung seitdem versechsfacht. Das BIP-pro-Kopf im Jahr 1950 lag in heutigen Preisen bei umgerechnet etwas über 5.000 Euro (in damaligen Preisen bei 900 Euro). Heute sind es fast 30.000 Euro³. Der Bruttostundenlohn ist von umgerechnet 65 Cent auf 20 Euro gestiegen⁴.

Für Konsum und Freizeitgestaltung haben die Menschen heute außerdem sehr viel mehr Zeit: Die besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen und der medizinisch-technische Fortschritt haben die durchschnittliche Lebenserwartung um zwölf Jahre erhöht. Die Zahl der Arbeitsunfälle ist seit den 60er Jahren um rund zwei Drittel auf unter 900.000 pro Jahr (2009) zurückgegangen. Die wöchentliche Arbeitszeit ist um mehr als zehn Stunden jede Woche verkürzt worden. Statt zwölf Urlaubstagen sind in vielen Branchen mittlerweile 30 Urlaubstage die Regel. Noch plastischer veranschaulicht die gestiegen Kaufkraft je Lohnminute, wie der Lebensstandard gestiegen ist. Musste ein Arbeitnehmer 1948 noch eine Stunde und 13 Minuten für ein Pfund Butter arbeiten, so sind dies heutzutage nur noch fünf Minuten. Waren 500 Gramm Kaffee damals noch ein Luxusartikel, für den 20 Stunden geschuftet werden musste, genügen heute 19 Minuten⁵.

Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft ist damit objektiv messbar. Und einen großen Anteil daran hat die wirtschaftliche Freiheit gehabt. In einer freien Marktwirtschaft ist jeder seines eigenen Glückes Schmied. Ludwig Erhard hätte dies als „sozial“ bezeichnet. Warum die Menschen dies nicht so sehen, erklären Wirtschaftspsychologen mit den raschen Anpassungsprozessen an ein höheres Wohlstandsniveau und der deutlichen Überwertungen von Verlusten („Verlustaversion“), wenn davon wieder etwas abgegeben werden soll. Viele weitere Gründe für das Auseinanderfallen von objektiven Fakten und subjektiver Wahrnehmung analysieren für das Roman-Herzog-Institut Fetchenhauer / Enste / Könecke (2010).⁶

3. Der Sozialstaat – warum wir ihn brauchen

Die vermeintliche Schattenseite des Wettbewerbs ist das ständige Ringen der Unternehmen um das Überleben am Markt. Betriebe, die im Wettlauf um die Gunst der Kunden nicht mithalten können, weil sie zu teuer, zu träge oder zu altmodisch sind, scheiden aus dem Markt aus – mit allen Konsequenzen für Arbeitsplätze, Standort und persönliches Schicksal. Kunden, die nicht genug bieten können für die gewünschten Produkte, gehen leer aus. Dies ist bedauerlich, aber notwendig – das Ausleseprinzip zwingt alle dazu, die knappen und wertvollen Ressourcen – die menschliche Arbeitskraft, aber auch Maschinen und Anlagen, Rohstoffe, Energie oder Umweltgüter – effizient und verantwortungsvoll einzusetzen. Dies erhöht den Wohlstand, liegt letztlich im Interesse der Gemeinschaft und ist somit sozial und nachhaltig – auch wenn es die darunter Leidenden sicherlich als ungerecht empfinden.

Der Unternehmer muss sich bewusst sein, dass er scheitern kann. Er trägt das unternehmerische Risiko, und dafür verdient er in guten Zeiten auch anständig. Doch der Prozess der schöpferischen Zerstörung, wie Schumpeter (2005 [1946]) ihn genannt hat, verlangt nach ständiger Neuorientierung. Genau wie der Arbeitnehmer kann auch der Unternehmer stets woanders neu anfangen – solange die Qualifikationen, die er vorweisen kann, am Markt benötigt werden. Die Investitionsruine ist nur dann eine solche, wenn sie niemand am Markt mehr benötigt – dieses Risiko tragen alle Marktteilnehmer, nämlich dass sich ihr Kapital oder ihr Humankapital (das heißt vor allem ihre marktverwertbare Bildung) entwertet. Es findet aber nicht jeder gleich wieder eine passende Arbeitsstelle. Hier liegt in der Marktwirtschaft ein Risiko vor. Und dieses Risiko wird größer, je größer die Arbeitslosigkeit wird. Arbeitslosigkeit lautet denn auch einer der großen Vorwürfe an die Marktwirtschaft. Hier ist der Sozialstaat gefordert.

Der zweite Vorwurf an den Prozess des Marktes ist der, dass das entstehende Einkommen ungerecht verteilt wird. Der Markt verteilt die Einkommen nach Marktleistung – also nach der Zufriedenheit aus der Perspektive der Kunden. Dies erscheint gerade dem ökonomischen Laien nicht immer als fair. In einer Marktwirtschaft werden nämlich nicht harte körperliche Arbeit und hohe kulturelle Bildung belohnt, sondern seltene, aber oft nachgefragte Fähigkeiten, am Markt verwertbares Wissen, Innovationen und das Aufdecken von Marktnischen. Auch Risikobereitschaft wird belohnt. Wer unter der Perspektive der Verteilungsgerechtigkeit auf dieses Ergebnis schaut, wird feststellen: Das Marktergebnis erscheint vielfach ungerecht. Denn gerade die

Entlohnung für Risikobereitschaft geht oft mit einer tüchtigen Portion Glück einher. Auch beim Aufdecken neuer Märkte oder dem Ausnutzen von Marktnischen ist Glück mit im Spiel. Daher wundert es nicht, dass viele Menschen diese Ergebnisse der Marktwirtschaft als ungerecht empfinden. Verschärft wird dieses Empfinden durch die zunehmende globalisierungsbedingte Lohnspreizung zwischen Hoch- und Geringqualifizierten. In den Augen vieler Menschen, gerade jener mit geringen Qualifikationen, führt unsere Wirtschaftsordnung zu sozialer Ungerechtigkeit und einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich. Beide Vorwürfe – das Risiko der Arbeitslosigkeit wie auch das Empfinden von Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung – treffen die Marktwirtschaft nicht unberechtigterweise. Denn beides kann eine reine Marktwirtschaft nicht auffangen. Hierzu haben und brauchen wir einen Sozialstaat.

Als Sozialstaat bezeichnen wir dabei die Gesamtheit jener Institutionen, mit der Risiken gemildert und materielle Unterschiede, die sich als Folge des Marktprozesses manifestieren, angeglichen werden. Durch die Versicherungs- und Umverteilungslösungen des Sozialstaates sind auch jene Menschen, die nur ein geringes Einkommen in einem marktwirtschaftlichen System erzielen, in der Lage, an den Früchten und Errungenschaften der Marktwirtschaft teilzuhaben. Der Sozialstaat darf dabei aber keinesfalls nur als ein altruistisches Konzept einer Armenhilfe aufgefasst werden. Vielmehr ist er essentiell für den Zusammenhalt wohlhabender Gesellschaften, um die Zustimmung auch ihrer ärmeren Mitglieder für einen Gesellschaftsvertrag in Form eines marktwirtschaftlichen Systems zu erhalten. Wenn aufgrund der Globalisierung die Einkommensschere auseinander geht, so ist der Sozialstaat nicht nur unter Druck, sondern auch in verstärktem Ausmaß gefordert, wenn das marktwirtschaftliche System erhalten werden soll (Berthold/Neumann, 2007). In unserer Sozialen Marktwirtschaft sind deshalb Markt und Wettbewerb mit den Elementen des Sozialstaates eng verflochten. Eine Marktwirtschaft würde ohne den Sozialstaat nicht akzeptiert werden, ein Sozialstaat ohne die Grundzüge der Marktwirtschaft nicht überleben.

4. Der Sozialstaat – weshalb er wichtiger ist als früher

Dass der Sozialstaat heute aufgrund der Globalisierung unter Druck ist, ist eine Mär der Gegenwart. Auch viele Ökonomen fürchteten im Angesicht des Globalisierungsdrucks eine Abwärtsspirale sozialer Leistungen⁷.

Nach wie vor steigen die Ausgaben des Sozialstaates ziemlich gleichmäßig mit dem Wohlstand an, so dass ihr Anteil am BIP im Zeitablauf im letzten Jahrzehnt relativ unverändert geblieben ist. In Frankreich ist der Anteil sogar – obgleich ohnehin bereits sehr hoch – in den letzten zehn Jahren noch weiter angestiegen. In Deutschland schwankte er länger zwischen 29 Prozent und 30 Prozent, bevor er nach 2005 ein wenig zurückging. Angst vor weiteren Kürzungen der Sozialleistungen sind aber weitgehend unbegründet: Es ist empirisch gesehen eher so, dass reichere Länder anteilig mehr für Soziales ausgeben als ärmere Länder. Das heißt: Die Globalisierung und der technische Fortschritt machen uns reicher. Und daher wird der Anteil der Sozialausgaben eher höher als niedriger werden.

Der gut ausgebaute deutsche Sozialstaat hilft auch heute noch, Armut zu verringern, wie der Armuts- und Reichtumsbericht des Bundesarbeitsministeriums belegt – auch wenn dieser in den Medien gerne anders interpretiert wird. Durch das Umverteilungssystem wird die Armutsrisikoquote – definiert als Anteil der Personen in Haushalten, deren bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Mittelwertes (Median) aller Personen beträgt – von 26 auf 13 Prozent halbiert. Damit gehört Deutschland zu den vier westeuropäischen Ländern mit der geringsten Armutsquote und liegt auf einer Stufe mit skandinavischen Wohlfahrtsstaaten wie Finnland und Schweden. Angesichts der Größe und Heterogenität des Landes und der geringen Wachstumsraten bis zum Berichtsjahr 2005 ist dies eine beachtliche Leistung.

Neben der vermeintlich zunehmenden Armut hat die Situation an den Arbeitsmärkten einen starken Einfluss auf die Einstellung der Öffentlichkeit zur Sozialen Marktwirtschaft. Die Globalisierung und der technische Fortschritt haben die Nachfrage nach Hochqualifizierten im Vergleich zur Nachfrage nach Personen ohne Berufsausbildung stark ansteigen lassen. Einige Unternehmen gerieten vor allem in den 90er Jahren unter Konkurrenzdruck aus dem Ausland und wurden schließlich verlagert, da die Produktion sich im Ausland günstiger gestaltete. Die weltweite Verfügbarkeit an gering qualifizierten Arbeitskräften stieg mit dem Fall des eisernen Vorhangs und der Öffnung Chinas zum Westen sprunghaft an. Outsourcing und Offshoring waren bedeutende Phänomene der jüngeren Vergangenheit (Berthold/Neumann/Zenzen, 2007). Im Zuge der Verlagerungen verloren die in den betroffenen Branchen beschäftigten Personen ihre Arbeitsplätze, bestimmte Qualifikationen entwerteten sich, weil sie im Inland keine Nachfrage mehr fanden.

Gleichzeitig hat der deutsche Sozialstaat über Jahre hinweg mit dem 2005 abgeschafften Instrumentarium der

Berufsausbildung konstant hochgehalten.

Zur Erinnerung: Der Leistungssatz der Arbeitslosenhilfe war an das zuvor verdiente Einkommen gekoppelt. Er betrug (zuletzt) 53 Prozent beziehungsweise 57 Prozent des vorherigen Leistungsentgeltes. Die Arbeitslosenhilfe war steuerfrei. Der Bezieher durfte sogar Nebenbeschäftigungen ausüben, solange er bei diesen Beschäftigungen insgesamt unter einer wöchentlichen Arbeitszeit von 15 Stunden blieb. Grundsätzlich war der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe zeitlich unbegrenzt.

Die Kopplung der Arbeitslosenhilfe an das letzte Einkommen bei gleichzeitiger Entwertung des Humankapitals stellte bei vielen Arbeitslosen ein bedeutsames Hindernis bei der Reintegration in den Arbeitsmarkt dar. Die hohe und zeitlich unbefristet gewährte Unterstützung generierte einen Anspruchslohn bei vielen Arbeitslosen, der sich angesichts der Entwertung ihres Humankapitals am Markt nicht erzielen ließ. Die Folge dessen war und ist immer noch ein außergewöhnlich hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen und geringere Chancen auf Aufstieg.⁸

Konsequenz dessen war eine komprimierte Lohnstruktur. Geringqualifizierte verdienten vergleichsweise gut, weil aufgrund der staatlich gewährten Transfers niedrige Löhne nicht akzeptiert wurden und ein Verharren in Arbeitslosigkeit vielfach als individuell bessere Option empfunden wurde. Folge der hohen Löhne für Personen ohne Berufsausbildung oder mit (teilweise) entwertetem Humankapital war jedoch, dass die Produktivität vieler Personen von den Unternehmen als nicht ausreichend betrachtet wurde, um die Lohnkosten zu decken. Dies trieb die Arbeitslosenquote in immer neue Höhen.

Seit Hartz IV ist dies anders. Mit der Hartz-IV-Gesetzgebung gab es eine Rückbesinnung auf die Grundwerte der Sozialen Marktwirtschaft. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe hat die Anspruchslöhne wieder gesenkt und Druck auch auf die Tarifpartner ausgeübt. Lohnsteigerungen, gerade bei den Personen mit niedrigeren Qualifikationen, hielten sich in Grenzen. Dies hat am Arbeitsmarkt einen durchschlagenden Erfolg gehabt. Es hat dazu geführt, dass die Arbeitslosigkeit in den Jahren 2005 bis 2008 von 4,8 Millionen Menschen auf 3,2 Millionen Menschen gesunken ist und trotz der Weltwirtschaftskrise nur kurzzeitig angestiegen ist und nun bei knapp drei Millionen liegt. Infolgedessen lassen sich auch zahlreiche Sozialleistungen reduzieren. Davon profitierten letztlich Arbeitslose und Beitragszahler, da die Lohnzusatzkosten gesenkt und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Arbeitskräfte erhöht werden könnte. Das wäre im Sinne der gesamten Gesellschaft – und damit im wirklichen Sinn des Wortes sozial. Unsere Soziale Marktwirtschaft

könnte dadurch noch sozialer werden – denn Arbeit ist letztlich der beste Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

5. Der Sozialstaat – immer noch nicht so sozial wie gewünscht

Daidalos erhielt vom König Minos auf Kreta den Auftrag, ein Labyrinth zu bauen, um den Minotaurus, halb Mensch, halb Stier, ein gefährliches und rabiates Untier, wegzusperren. Daidalos erwies sich als fähiger Meister im Bau eines Labyrinths. Er war so gut, dass er, der Erbauer selbst, kaum den Weg ins Freie fand, nachdem er das Labyrinth fertig gestellt hatte.

Die deutsche Politik befindet sich heute in einer ähnlichen Situation: Unser Sozialstaat, Schutz vor den ungezügelten Kräften des Marktes, ist uns zum Irrgarten geworden. Denn in den vergangenen Jahren hat die Politik zum Schutz vor dem vermeintlichen „Raubtierkapitalismus“ immer neue Wände hochgezogen. Sie hat damit den Mechanismus der Sozialen Marktwirtschaft teilweise außer Kraft gesetzt und unsere Wirtschaftsordnung der Chance beraubt, Wohlstand für alle zu schaffen.

Damit geht der Sozialstaat heute weit über die ihm eigentlich zugeordneten Aufgaben – die Verhinderung von Armut im Falle von Arbeitslosigkeit und eine moderate Korrektur der Einkommensverteilung – hinaus. Viele Aufgaben werden ihm derzeit angedichtet – sie sind aber weder seine Aufgaben noch sind sie wirklich sozial.

Mindestlöhne etwa sind nicht sozial. Sie konterkarieren das soziale Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Zudem nehmen sie hilfebedürftigen Geringqualifizierten, die den Mindestlohn mit ihrer nur geringeren Produktivität nicht erwirtschaften können, die Chance auf einen Einstieg in den Arbeitsmarkt.

Statt Eigenverantwortung zu belohnen, hat sich Deutschland zu einem Umverteilungsstaat entwickelt: Für Soziales wird mehr als sieben Mal soviel ausgegeben wie für Bildung. Statt Leistungsbereitschaft zu fördern, werden die Anreize zu Leistung gesenkt. Steuern und Abgaben sind so hoch, dass sie den Bürgern kaum mehr als die Hälfte ihres Verdienstes belassen.

Rentengarantien auszusprechen ist in der gegenwärtigen Situation ebenfalls nicht sozial. Der demographische Wandel wird zu einer enormen Schrumpfung des Erwerbspersonenpotentials führen. Gleichzeitig wird der Anteil der Rentner in unserer Gesellschaft deutlich steigen. Sind heute rund ein Viertel der Menschen in Deutschland über 60 Jahre alt, werden dies im Jahr

2050 mehr als 42 Prozent sein. Dies bedeutet, dass ein gleich bleibendes Rentenniveau nur erzielt werden kann, wenn wir bis mindestens 67 Jahre arbeiten oder die Jungen pro Kopf dafür immer höhere Anteile ihres Einkommens opfern. Dies werden kommende Generationen in einer globalisierten Welt nicht tolerieren oder, wenn dies durchgesetzt wird, werden sie es sanktionieren, indem sie auswandern.

Globalisierung und technischer Fortschritt beeinflussen derzeit ohne Zweifel das Aussehen des deutschen Sozialstaates. Seine sozialen Kernkompetenzen wird er weiter wahrnehmen können, daran lassen die empirischen Tatsachen wenig Zweifel. Der Sozialstaat, wie wir ihn kennen, wird sich wandeln. Aber er wird, wenn die globalisierten Märkte ihn zwingen, sich auf seine Kernaufgaben zu beschränken, dadurch aller Voraussicht nach eher wieder sozialer werden, als er es lange Zeit gewesen ist.

Literatur

- Bertola, G. (2006): *Social and Labor Market Policies in a Growing EU*, *Swedish Economic Policy Review*, 2006
- Berthold, Norbert und Michael Neumann (2007) *Europas Sozialstaaten im Schatten der Globalisierung* In: *Globalisierung und europäisches Sozialmodell* . - Baden-Baden, S. 29-46.
- Berthold, Norbert/ Neumann, Michael, Zenzen, Jupp 2007, *Die Zukunft der Arbeit - Verdoppelung, Entkoppelung, regionale Divergenz?* In: *Arbeitsmarkt und Beschäftigung* – Berlin, S. 9-34
- Boeri, T. (2000): *Social Europe: Dramatic Visions and Real Complexity*, *CEPR Discussion Paper 2371*, London.
- Fetchenhauer, Detlef; Enste, Dominik; Köneke, Vanessa, 2010, *Fairness oder Effizienz*, Roman Herzog Institut, München
- Mierzejewski, Alfred: *Ludwig Erhard, der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft*, Biografie 2005
- Neumann, Michael; Schäfer, Holger; Schmidt, Jörg, 2010, *Recht auf Aufstieg*, Roman Herzog Institut München.
- Sinn, H.W. (1998): *European Integration and the Future of the Welfare State*, *Swedish Economic Policy Review*, Vol. 5, S.113-132.
- Smith, Adam, 1776, *Der Wohlstand der Nationen*
- Reinberg, Alexander / Hummel, Markus, 2007, *Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 und die Einführung der Hartz-IV-Reform*, *Empirische Befunde und methodische Probleme*, IAB-Forschungsbericht, Nr. 9, Nürnberg
- SCHUMPETER, J. (2005 [1946]): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* Tübingen.

(Footnotes)

- ¹ Smith (1776)
- ² Mierzejewski (2005)
- ³ IW Köln, 2010, *Deutschland in Zahlen*, Tabelle 6.3, S. 55
- ⁴ IW Köln, 2010, *Deutschland in Zahlen*, Tabelle 2.1. S. 17
- ⁵ IW Köln, 2010, *Deutschland in Zahlen*, Tabelle 6.5, S. 57

⁶ Fetchenhauer/ Enste/ Köneke (2010)

⁷ Vgl. zu dieser Diskussion etwa Sinn (1998), Boeri (2000), Brueckner (2000) und Bertola (2006).

⁸ Vgl. Neumann, Schäfer, Schmidt, 2010, *Recht auf Aufstieg*, Roman Herzog Institut München.

Städte und Gemeinden weiter im Finanztief

München (SZ/cws). Die Wirtschaft in Deutschland brummt, nach Einschätzung der EU-Kommission wächst sie bis Jahresende um satte 3,4 Prozent. Allein bei den Bayerischen Kommunen ist der unerwartete Boom nicht angekommen. Im Gegenteil: Die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden sind im ersten Halbjahr 2010 um 154 Millionen Euro auf nun nur mehr 4,9 Milliarden Euro gesunken. Das sind 3,1 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2008 beträgt das Minus sogar 609 Millionen Euro oder 11,1 Prozent. „Unsere Finanzsituation bleibt denkbar angespannt“, sagte der Präsident des Bayerischen Gemeindetages, der Abensberger Bürgermeister Uwe Brandl, „zumal ja auch der Wirtschaftsaufschwung vor Ort sehr stark von den Konjunkturprogrammen des Bundes getragen wird“. Ob der neue Boom anhält, wenn der Bund keine Millionensummen mehr in die Wirtschaft pumpt, ist für ihn nicht ausgemacht. „Da sind sich selbst die Experten nicht einig.“ Auch Brandls Kollege vom Städtetag, der Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger, warnt vor „einer vorschnellen Entwarnung“. Selbst wenn sich der Aufschwung verfestige, komme er bei den Städten und Gemeinden erst mit ein- bis zweijährigen Verzögerung an. Außerdem sei keine Lösung für die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen in Sicht. Seit Jahren steigen die Sozialabgaben der Städte und Gemeinden sehr viel stärker an als deren Einnahmen. Gleichzeitig blieben ihre Forderungen nach Entlastung stets unerhört.

Jugendhilfe streichen

München/Bad Tölz (SZ / pine). Die Kommunen sind klamm, manch eine steht sogar vor dem Kollaps. Jetzt schlägt auch der Bezirksverband Oberbayern im Bayerischen Landkreistag Alarm. „Was wir uns leisten, ist nicht mehr bezahlbar“, sagte der Vorsitzende Thomas Karmasin. Als Vertreter von 20 oberbayerischen Landräten forderte er, das Problem aber an der Wurzel zu packen. Konkretes Beispiel: Jugendhilfe. „Ich würde sie ersatzlos streichen“, sagte Karmasin im Pressegespräch. Kinder sollten zwar nach wie vor Unterstüt-

zung erfahren. Das Problem sei aber, dass die Jugendhilfe „enorm kostenintensiv und nicht losgelöst vom Einkommen der Eltern“ ist. Karmasin, Landrat im Kreis Fürstentfeldbruck, denkt dabei vor allem an ambulante Hilfen. Beispielsweise den begleitenden Umgang, wenn Familien nicht mehr zusammen leben, die persönliche Beziehung von beiden Elternteilen zu den Kindern aber aufrechterhalten werden soll. „Das ist kein Problem von sozial schwachen Familien“, sagte er, es betreffe alle gesellschaftlichen Schichten.

Gemeinsames Lernen

Berlin (epd). Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Hubert Hüppe, hat zu einem gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern an deutschen Schulen aufgerufen. Die Internationale Behindertenrechtskonvention verpflichte eindeutig zum gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen, erklärte Hüppe: „Die Verantwortlichen müssen jetzt handeln, um

diese Teilhabechancen für Kinder mit Behinderungen zu schaffen.“ Die UN-Behindertenrechtskonvention gilt in Deutschland seit März 2009. Doch immer noch würden 80 Prozent der Schüler mit einem sogenannten sonderpädagogischen Förderbedarf außerhalb des Regelschulsystems unterrichtet, kritisierte Hüppe. Damit widerspreche die Realität in der deutschen Schullandschaft der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung.

50 Millionen Euro zusätzlich für Erzieher

München (KNA). Für höhere Gehälter von Erzieherinnen und Erziehern in Bayern bringt der Freistaat über 50 Millionen Euro zusätzlich auf. Dafür werden die Betriebskosten rückwirkend zum 1. September 2009 um knapp 20 Millionen Euro und ab dem kommenden Kindergartenjahr um weiter 30 Millionen Euro jährlich erhöht, wie Familienministerin Christine Haderthauer in München mitteilt. Das Plus an staatlichen Leistungen komme 8.000 bayerischen Kindertageseinrichtungen und fast 10.000 Tagespflegeverhältnissen zu Gute. Mit der Anhebung der Förderung werde in höhere Gehälter für

Erzieherinnen und Erzieher investiert, die eine ungeheure Verantwortung ausübten. Trotz gestiegener Tariflöhne bleibe die finanzielle Situation für das pädagogische Personal unbefriedigend, erklärte die Haderthauer weiter. Obwohl die Ansprüche an frühkindliche Bildung und Betreuung von Kindern enorm gewachsen seien, spiegele sich dies noch nicht in einer adäquaten Bezahlung wider. An die Tarifpartner appellierte sie, Verantwortung zu zeigen für eine zukunftstaugliche Bezahlung, damit auch Anreize geschaffen würden für junge Männer und Frauen, diesen Beruf zu ergreifen.

Rationale Debatte über Integration

München (epd). Eine rationale Integrationspolitik hat die bayerische FDP-Landesvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in München gefordert. Es sei unstrittig, dass die Integration von Migranten in Deutschland nicht problemlos verlaufe. Deshalb brauche Deutschland aber keinen Polarisierer, sondern müsse die Integrationsdebatte mit Inhalten und Vernunft gestalten, sagte die Bundesjustizministerin mit Blick auf die umstrittenen Thesen von Thilo Sarrazin.

Die Gesellschaft müsse gegenüber Einwanderern offen sein, aber auch erwarten, dass diese die in Deutschland geltenden Grundregeln und Werte respektierten. Dazu zähle in erster Linie das Grundgesetz. Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit oder Gleichberechtigung von Mann und Frau seien für alle in Deutschland lebenden Menschen gültig. In ihrem Positionspapier zur Integration fordert die bayerische FDP, bei allen vierjährigen Kindern in Bayern die Sprachfähigkeiten zu

testen, um eventuelle Defizite schon vor der Einschulung mit Förderkursen zu beheben. Im Rahmen einer verstärkten frühkindlichen Bildung solle außerdem das letzte Kindergartenjahr verpflichtend und kostenfrei sein. Leutheusser-Schnarrenberger forderte, die Integrationspolitik in Bayern auf eine einheitliche gesetzliche Grundlage zu stellen. Ein Integrationsgesetz solle Maßnahmen bündeln und dem Thema die nötige Aufmerksamkeit verschaffen.

Landkreise wehren sich gegen Kürzungen

München (dpa). Bayerns Landkreise laufen Sturm gegen die von der Bundesregierung geplante Senkung der Städtebauförderung – und verlangen vom Freistaat mindestens 250 Millionen Euro mehr für die Kommunen. Die geplante Halbierung der Städtebauförderung von 610 auf 305 Millionen Euro bezeichnete der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Dr. Jakob Kreidl, als

nicht hinnehmbar. „Wir können es uns nicht gefallen lassen, dass da an der falschen Stelle gespart wird.“ Der Miesbacher Landrat warnte vor fatalen Auswirkungen für die strukturschwachen Regionen, wohin in Bayern rund 70 Prozent der Förderung fließen. Bundesbauminister Peter Ramsauer müsse alles tun, damit der Kürzungsvorschlag zurückgenommen werde, forderte Kreidl.

Ausbau der Schulsozialarbeit

München (dpa). Schulsozialarbeit darf nicht nur in sogenannten Brennpunktschulen stattfinden, sondern muss an allen Schulen selbstverständlich werden. Das forderte der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Klaus Wenzel, anlässlich des Weltkindertages. Gerade in Bayern, wo der Bildungserfolg extrem von der Herkunft und den familiären Umständen eines Kindes abhängt, müsse es flächendeckende und schulartübergreifende Schulsozialarbeit geben. „Wir müssen verhindern, dass noch mehr Kinder durch das soziale Netz fallen und deswegen in der Schule scheitern“, sagte Wenzel. Eine entsprechende Petition habe der Verband an den Bayerischen Landtag gerichtet. Trotz gewaltiger Herausforderungen seien die Schulen nicht bestmöglich ausgestattet: „Es fehlt überall Personal, es gibt zu wenig kleine Klassen und Gruppen, zu wenig Ganztagesangebote und auch immer noch zu wenig Schulsozialarbeit. Wir fordern Maßnahmen wie Sozialkompetenztraining, Bewerbungstraining, Kriseninterventionsgespräche, Anti-Aggressionstraining, Aufklärungsgespräche, Suchtprävention oder einfach nur ein offenes Ohr, wenn es Probleme im Elternhaus gibt“, so der BLLV-Präsident.

Anzeige -



Als Vertragspartner der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern sind wir gerne Ihr Berater in allen Versicherungs- und Versorgungsfragen.

Der Schutz der Betreuten, der Mitarbeiter sowie der Sach- und Vermögenswerte liegt bei uns in den richtigen Händen.

Das ist unser Service:

- kundenorientiert
- zuverlässig
- vorausschauend

**ECCLESIA / UNION
Versicherungsdienst GmbH
Niederlassung München**
Werner-Eckert-Straße 9 - 11
81829 München
Telefon: 089/741154-0
Fax: 089/741154-910

Bezirk Oberfranken geht das Geld aus

Bayreuth (dpa). Dem Bezirk Oberfranken fehlen in den Haushalten 2011 und 2012 rund 55 Millionen Euro. Das teilte Bezirkstagspräsident Günther Denzler in Bayreuth mit. Eine Erhöhung der Bezirksumlage sei trotzdem „politisch nicht vermittelbar“, sagte Denzler. Viele der zusätzlich belasteten Kommunen könnten dann keine genehmigungsfähigen Haushalte mehr aufstellen. Denzler legte einen Zehn-Punkte-Sparplan vor, mit dem der Bezirk jährlich 89 Millionen Euro einsparen könnte. Angedacht sei unter anderem eine Änderung beim Unterhalt vollstationär betreuter behinderter Kinder. Reichere Eltern sollten dabei stärker belastet werden als bisher. „Stärkere Schultern können mehr tragen als schwächere“, sagte der Bezirkskämmerer Werner Roder. Außerdem forderte Denzler eine Beteiligung des Bundes an den Kosten der Behindertenhilfe.

Jeder vierte Bayer ist ein Migrant

München (dpa). Bis zum Jahr 2020 wird die Bevölkerung in Bayern noch um etwa 100.000 auf dann 12,7 Millionen wachsen. Dieses Plus ergibt sich nur durch Menschen mit Migrationshintergrund. Sie gleichen den deutlichen Rückgang bei den Einheimischen aus. Laut Innenminister Herrmann ergibt die Prognose des Landesamtes für Statistik, dass die Quote der Migranten in zehn Jahren von jetzt 19 auf 23 Prozent steigt – fast jeder vierte Bayer wäre dann ein Zuwanderer. 2010 dürften im Freistaat drei Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben. Die Quote wird in Mittelfranken (26 Prozent) und in Oberfranken (28 Prozent) am höchsten sein.

Rentner in Armut

München (dpa). Der Sozialverband VdK kritisiert einen explosionsartigen Anstieg der Altersarmut in Bayern und fordert die Staatsregierung zum Handeln auf. Ein männlicher Rentner erhält in Bayern nur 983 Euro im Monat, damit ist Bayern Schlusslicht in Deutschland, kritisierte VdK-Präsidentin Ulrike Mascher. Frauen liegen im Schnitt sogar bei nur 496 Euro Altersrente. Das bedeute ein hohes Armutsrisiko: Zwischen 2003 und 2008 ist die Zahl der armen Senioren von 53.000 auf 423.000 angestiegen“, stellte Ma-

scher fest. Ursache ist, dass die Löhne in vielen Regionen Bayerns bis in die 1980er Jahre hinein niedriger waren als in anderen Bundesländern. „Bayerische Rentner gehören zu den ärmsten der Republik“, sagte Mascher. Der Sozialverband ist nun aber erst recht alarmiert, weil das Armutsrisiko für Rentner in Bayern offensichtlich sogar steigt. 18,6 Prozent der Rentner seien „armutsgefährdet“ – das heißt, leben von einem Einkommen an oder unter der Armutschwelle. Im Bundesdurchschnitt liegt diese Quote bei 15 Prozent.

Unterstützung für Freiwilligendienste

München (dpa). Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer will das „Freiwillige Soziale Jahr“ (FSJ) und das „Freiwillige Ökologische Jahr“ (FÖJ) unbedingt erhalten. „FSJ und FÖJ haben sich bewährt, sie dürfen jetzt nicht durch einen Freiwilligen Zivildienst des Bundes verdrängt werden“, sagte Haderthauer in München. „Der Bund muss seine bisheri-

gen Förderungen so anpassen, dass diese Angebote konkurrenzfähig bleiben.“ Der Bund müsse außerdem die zur Verfügung stehenden Gelder nutzen, um endlich alle Träger, die FÖJ- und FSJ-Plätze anbieten, zu fördern. „Derzeit werden nur bundesweit tätige Träger gefördert, regionale Träger bleiben außen vor“, so die Ministerin.

Projekt vor dem Aus?

Berlin. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder gerät wegen ihres Umgangs mit sogenannten Mehrgenerationenhäusern in die Kritik. Das von Schröders Vorgängerin Ursula von der Leyen angestoßene Projekt, in dem seit 2006 deutschlandweit 500 Einrichtungen mit 100 Millionen Euro vom Bund gefördert werden, läuft ab nächstem Jahr aus. Bislang ist völlig unklar, was danach mit den Häusern passieren soll, in denen Dienstleistungen von der Hausaufgabenhilfe bis zur Betreuung älterer Menschen angeboten werden.

Ein Spitzengespräch im Ministerium, das bereits im Juni stattfinden sollte, hat Schröder auf November verschoben. Zudem wanderte das Projekt im Ministerium durch drei Abteilungen. „Durch den Ministerinnenwechsel ist wertvolle Zeit verstrichen, die wir hätten nutzen müssen“, sagte Ursula Krickl vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Der Plan, die Einrichtungen könnten von Ländern, Kommunen oder Wirtschaft weiterfinanziert werden, gehe nicht auf. Die meisten Häuser, so Krickl, stünden deshalb vor dem Aus.

Zahl minderjähriger Flüchtlinge enorm gestiegen

Diakonisches Werk. Wegen des alarmierend gestiegenen Zustroms unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge fordert die Diakonie in Bayern einen Aktionsplan von Behörden und Organisationen. Die Erstaufnahmezentren in München und Zirndorf

seien überfüllt, erklärte Diakoniepräsident Ludwig Markert in Nürnberg. Auch fehlten Plätze, Fachkräfte und Geld für eine qualifizierte Betreuung der alleine auftauchenden Kinder und Jugendlichen. Diese seien häufig traumatisiert.



Versachlichung in der Integrationsdebatte

Diakonisches Werk. „Aufgrund der demographischen Entwicklung ist Deutschland auf Einwanderung angewiesen. Die Integrationsdebatte sollte fair und zielgerichtet geführt werden. Statt Polemik und Provokation brauchen wir Differenzierung und Versachlichung“, fordert Diakoniepräsident Dr. Ludwig Markert. „Politisches Ziel sollte es sein, die Integration so zu fördern, dass Defizite ausgeglichen werden und unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger eine faire

Chance haben, in unsere Gesellschaft wirklich aufgenommen zu werden. Doch das Gegenteil ist der Fall: Durch die Haushaltseinsparungen des Bundes werden gerade jene Förderprogramme heruntergefahren, welche die Integration unterstützen sollen.“ So werden beispielsweise die Zugänge von Müttern mit Kleinkindern zu Integrationskursen erschwert und Mittel für die Migrationsberatung für Erwachsene gekürzt. „Das Bild der Integration in Deutschland sollte in seiner ganzen Differenziertheit in den Blick ge-

nommen werden,“ so der Diakoniepräsident. Insgesamt sei die Integration eines großen Anteils der ausländischen und eingebürgerten Bevölkerung gut gelungen. Viele Menschen mit Migrationshintergrund seien wichtige Leistungsträger in unserer Gesellschaft. Markert weiter: „Politisches Ziel sollte sein, die Integration so zu fördern, dass Defizite ausgeglichen werden und Menschen mit Migrationshintergrund eine faire Chance haben, in unsere Gesellschaft wirklich aufgenommen zu werden.“

Kriterien zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Diakonisches Werk. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern und das Diakonische Werk Bayern bringen christlich-ethische Kriterien in die aktuelle Diskussion um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ein. In einem jüngst veröffentlichten mehrseitigen Kriterienkatalog wird unter anderem eine einseitige Belastung von Hartz-IV-Empfängern (insbesondere von Alleinerziehenden und ihren Kindern oder Arbeitslosen) im Gegenüber zu anderen gesellschaftlichen Gruppen abgelehnt. Landeskirche und Diakonie anerkennen ausdrücklich die Sparbemühungen von Bund und Staatsregierung, fordern jedoch von den politisch Verantwortlichen, sie

sozial gerecht und ausgewogen zu gestalten. „Auch ein soziales Ungleichgewicht ist eine Hypothek für die kommenden Generationen“ heißt es im Blick auf das häufig vorgebrachte Argument, zugunsten der nachfolgenden Generationen einen möglichst schuldenfreien Haushalt erreichen zu müssen. Weiter wird gefordert, dass Leistungen, die das Existenzminimum sicherstellen sollen, dem tatsächlichen Bedarf entsprechend, an aktuellen Zahlen orientiert und transparent ausgestaltet sein sollen. Zudem dürften Maßnahmen der Schuldenreduzierung den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung nicht widersprechen. Eine zeitliche Ver-

schiebung von Ausgaben, wie die vorgesehene Rentenbeitragsstreichung bei Hartz-IV-Empfängern, sei mit diesen Zielen nicht vereinbar. Kirche und Diakonie sprechen sich weiterhin für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus: „Die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise sind an den Kosten zur Beseitigung ihrer Folgen angemessen zu beteiligen.“

Den Kriterienkatalog finden Sie auf den Internetseiten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (www.bayern-evangelisch.de) und des Diakonischen Werkes Bayern (www.diakonie-bayern.de).

Integration geschieht täglich



Bayerischer Städtetag. 15 Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln leben in Deutschland. Sind sie integriert, integrierbar oder nicht? Die Diskussion über Integration bewegt die Republik. Allerdings handelt sich die Diskussion an Extremfällen entlang, zündelt mit Ängsten vor Islamisten und Kopftuchmädchen, orientiert sich an Auswüchsen einer Parallelgesellschaft und erweckt den Eindruck, als ob Probleme wie in Neukölln typisch für alle Städte wären. Solche Übertreibungen verbauen den Blick darauf, wie gut Maßnahmen zur Integration im Alltag der Städte bislang gegriffen haben. Im vorigen Sommer hat der Bayerische Städtetag in Mühldorf die vielfältigen Facetten des Problems behandelt: Das Motto „Städte schaffen Integration“ weist darauf hin, dass Kommunen schon viel für Integration getan haben – mit einer Fülle an innovativen Projekten, mit Kursen und ehrenamtlichem Engagement. Die Palette der kommunalen Aktivitäten reicht von Maßnahmen der Bildungsförderung über Steuerung im Wohnquartier bis hin zu Fördermaßnahmen im Bereich von Sport und Kultur.

Der wichtigste Schlüssel zur Integration ist die Förderung von Sprache, Bildung und sozialer Kompetenz. Städten und Gemeinden fällt zunehmend die Rolle eines Bildungslotsen zu. Krippen, Kindergärten, Horte, Schulen und Volkshochschulen sind Lernorte und Orte des Zusammenlebens. Hier begegnen sich unterschiedliche Nationen, Schichten und Milieus. Hier öffnet sich die Chance zur Teilhabe am Leben, hier bieten Programme wie „Mama lernt deutsch“ einen Hebel, um einen Zugang zur Bildung und zur Gemeinschaft zu öffnen. Als Beispiele für weitere Aktivitäten seien ein Sprachstammtisch in Deggendorf, ein Lernprojekt für Grund-, Haupt- und Re-

alschüler in Nürnberg oder ein Projekt „Stadtteil Mütter“ zur Förderung von Deutsch und der Muttersprache wie in Augsburg genannt.

Integration geschieht auch im Wohnviertel. Mit der Stadtentwicklung können Städte und Gemeinden elementare Weichenstellungen zur Integration treffen. Mit Ankauf von Belegungsrechten, mit Quartiersmanagement und der Einbindung der Bewohner helfen Städte und Gemeinden mit, dass sozial stabile Bewohnerstrukturen entstehen. Dabei haben kommunale Wohnungsunternehmen enorme Bedeutung in der Integrationsarbeit. Die Städte des Bayerischen Städtetages haben ihre Wohnungsbestände nicht verkauft und können damit das Wohnumfeld weiter steuern. Beispielsweise legt das Programm „Soziale Stadt in Würzburg“ Wert darauf, dass Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum geschaffen werden, einschließlich Freizeitflächen für Jung und Alt, die mehr Kontakte ermöglichen. In Bayreuth erfolgt die Belegung jeder einzelnen Sozialwohnung in Kooperation und in Abstimmung mit dem Wohnungsbauunternehmen – das ist gängige Praxis in vielen bayerischen Städten.

Einrichtungen von Sport und Kultur sind Stätten der Begegnung für Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Gesellschaftsschichten und unterschiedlicher Nationen. Dort findet Kommunikation und Integration statt. Sport kann helfen, Hürden abzubauen und Vorbehalte aufzulösen. Zur Förderung der Integration gibt es in München Migrantinnen als interkulturelle Sportassistentinnen, die Zugänge zu Sportvereinen auch für Menschen mit Migrationshintergrund schaffen. Augsburg hat ein Projekt zur Erfassung der integrativen Leistungen des Sports geschaffen. In Coburg und Bayreuth gibt es freie Sportver-

anstaltungen für jedermann sowie Schnupperangebote der Sportvereine. Kommunale Integrationsaktivitäten gibt es auch im Kulturbereich. So lädt der Würzburger Oberbürgermeister Muslime ins Rathaus zum Fastenbrechen ein. In Erlangen lernen Kursteilnehmer mit Migrationshintergrund die hugenottische Vergangenheit ihrer Heimatstadt kennen und in Nürnberg gibt ein Interkulturbüro regelmäßig einen Überblick über Veranstaltungen und interkulturelle Aktivitäten heraus.

Die Integrationsaktivitäten müssen ausgeweitet werden. Der Städtetag fordert dazu insbesondere

- ♦ Ausbau der Sprachförderung, der Ganztagsschulangebote sowie die Einstellung von ausreichendem Personal für die Schulsozialarbeit;
- ♦ Erhalt und Förderung von kommunalem Wohnraum sowie Ausbau von staatlichen Förderprogrammen und keine Kürzung bei der Städtebauförderung;
- ♦ Förderung des Vereinssports, Ausbau von freien Sportveranstaltungen sowie Schaffung von Schnuppermitgliedschaften und Patenschaften für Vereinsbeiträge, um den Zugang zu Vereinen zu erleichtern.

Integration ist eine Daueraufgabe. Wir sollten nüchtern mit den Problemen umgehen. So musste sich die Linke von Multikulti-Illusionen verabschieden und erkennen, dass Migration nicht automatisch nur Bereicherung bedeutet. So reizvoll die Vielfalt von türkischen Läden und asiatischen Speiselokalen in Stadtvierteln wirken mag, so schnell können sich Quartiere mit hohem Migrantanteil zu sozialen Brennpunkten ausweiten. Und Konserva-

tive mussten erkennen, dass die Einschätzung falsch war, wonach Deutschland kein Einwanderungsland ist. In unseren Schulen sitzen Schüler unterschiedlicher Herkunft nebeneinander. Es ist eine Tatsache, dass viele Nationen hier leben; zur Integration besteht keine Alternative. Integration findet in unseren Städten statt. Es ist aber keine alleinige Aufgabe der Kommunen, sondern Bund, Länder und Gesellschaft stellen sich dieser Aufgabe. Kirchen, Vereine und die Bürgerschaft sind engagiert. Integration ist auch Alltag.

Reiner Knäusel

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags



Bezirk Oberfranken sendet Notsignale

Verband der bayerischen Bezirke.

Der Bezirk Oberfranken hat erneut mehr Geld vom Freistaat und eine angemessene Beteiligung des Bundes an den Kosten der Behindertenhilfe gefordert. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution forderte der Bezirkstag Staatsregierung und Landtag auf, die Finanzhilfen für alle sieben Bezirke im Freistaat von derzeit 584 auf mindestens 800 Millionen Euro anzuheben. Andernfalls müsse die von den Kommunen zu tragende Bezirksumlage angesichts weiter steigender Sozialhilfeausgaben von derzeit 16 Punkten auf 26,3 Punkten im Jahr 2012 angehoben werden.

Kommunale Steuereinnahmen weiter rückläufig



Bayerischer Gemeindetag. Im Gegensatz zu der in den Medien verbreiteten Stimmung, die deutsche Wirtschaft „boome“ inzwischen wieder, sind die kommunalen Steuereinnahmen weiterhin rückläufig. Mit 4.899,5 Mio. Euro sind bei den bayerischen Gemeinden im 1. Halbjahr 2010 um 154,4 Mio. Euro (- 3,1 Prozent) weniger Steuern eingegangen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Vergleich zum Jahr 2008 beträgt das Minus 608,8 Mio. Euro (- 11,1 Prozent). Die Zahlen des 2. Quartals 2010 geben jedoch zumindest im Bereich der Gewerbesteuer Anlass zur Hoffnung auf Besserung im weiteren Jahresverlauf. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe

Brandl: „Auch wenn die aktuellen Zahlen keine so dramatischen Verluste wie im vergangenen Jahr mehr aufweisen, so darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Einnahmensituation der Gemeinden insgesamt immer noch im Abwärtstrend bewegt. Außerdem drücken uns die weiter steigenden Ausgaben. Es bleibt abzuwarten, ob der Wirtschaftsaufschwung nach Auslaufen der staatlichen Konjunkturprogramme selbsttragend ist und wann er zu einem Wiederanstieg der gemeindlichen Steuereinnahmen führt. Die Durststrecke für die Kommunen ist nach unserer Einschätzung noch nicht überwunden.“

Gemeindetag gegen Bildungs-Chipkarte

Bayerischer Gemeindetag. Der Bayerische Gemeindetag spricht sich gegen die Einführung einer Bildungs-Chipkarte für Kinder aus Hartz-IV-Familien aus. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Es geht auch einfacher. An Stelle eines aufwendigen Chipkartensystems sollte eine unbürokratische Abrechnung zwischen Leistungsträgern, wie beispielsweise den Landratsämtern, und den Anbietern von Bildungsangeboten, wie beispielsweise örtlichen Vereinen, erfolgen. Damit könne sowohl die Anschaffung tausender teurer Lesegeräte für Chipkarten bei den Sportvereinen, Musikschulen etc. vermieden werden als auch eine eventuell

als Diskriminierung empfundene Praxis der Leistungserbringung.“ Gerade in den ländlichen Räumen stünde dieser Aufwand für die technischen Voraussetzungen zum Lesen der Chipkarten aufgrund der relativen geringen Anzahl von Leistungsempfängern in einem deutlichen Missverhältnis zu dessen Nutzen.





Arbeiterwohlfahrt. „Für die Arbeiterwohlfahrt ist das Bürgerschaftliche Engagement ein Grundpfeiler ihres Wirkens in allen Aufgabebereichen“, betonte der Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt in Bayern, Dr. Thomas Beyer, anlässlich der Woche des Bürgerschaftlichen Engagements des Bundesnetzes Bürgerschaftliches Engage-

Ehrenamt als „Schatz der Gesellschaft“

ment (BBE). „Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, all den Menschen zu danken, die ihre Zeit und ihre Kraft dem Gemeinwohl freiwillig zur Verfügung stellen. Sie leisten damit einen Dienst für unsere Gesellschaft und ein soziales und menschenwürdiges Miteinander“. Bayernweit engagieren sich etwa 3,8 Millionen Menschen als Freiwillige in den unterschiedlichsten öffentlichen Bereichen. Bei der Arbeiterwohlfahrt in Bayern sind rund 14.500 Ehrenamtliche tätig. „Es ist wichtig“, so Beyer weiter, „das Bürgerschaftliche Engagement als große gesellschaftliche Bewegung

zu sehen, die weit in alle Bereiche der Gemeinschaft und Politik hineinreicht. Solidarität hält zusammen. Das Ehrenamt ist ein Schatz, der unsere Welt um so vieles reicher macht“.

Die AWO in Bayern bietet den Bürgerinnen und Bürgern vielfältige Möglichkeiten, sich ehrenamtlich zu engagieren und am Leben des Verbandes teilzunehmen. „Ich möchte die Menschen dazu ermutigen, sich ehrenamtlich zu betätigen. Sie leisten nicht nur einen sozialen Dienst am Nächsten, sondern sie bereichern damit auch ihr eigenes Leben“, betonte Beyer abschließend.

Erfolg der Arbeiterwohlfahrt - Ausbildungskampagne hält an

Arbeiterwohlfahrt. Der Erfolg der durch den Landesfachausschuss Altenhilfe der bayerischen Arbeiterwohlfahrt initiierten Ausbildungskampagne war nicht nur eine Momentaufnahme. Auch im zweiten Jahr der Kampagne steigerte die bayerische Arbeiterwohlfahrt ihr Engagement und unterstrich damit ihr nachhaltiges Interesse. Konnten im ersten Jahr der Kampagne 121 neue Ausbildungsplätze geschaffen werden – dies entsprach einer Steigerung von 27 Prozent -, wurde im Ausbildungsjahr 2010/2011 nochmals zugelegt. Im September 2010 nahmen zusätzlich weitere 124 junge Schülerinnen und Schüler ihre Ausbildung zur Altenpflegefachkraft auf. Somit halten die Einrichtungen der bayerischen Arbeiterwohlfahrt derzeit insgesamt 700 Ausbildungsplätze vor. Legt man die Gesamtzahl der Pflegeplätze zugrunde, liegt die Bereitschaft der Arbeiterwohlfahrt zur Ausbildung im Vergleich zu anderen Trägerverbänden weit über dem Durchschnitt.

„Dies ist eine grandiose Leistung der Dienste und Einrichtungen, die angesichts der demographischen

Entwicklung und der damit verbundenen Anforderungen Verantwortung zeigen“, freut sich der Vorsitzende des Landesfachausschuss, Wolfgang Schindele, und zeigt sich gleichzeitig erbost über die Schulgeldkürzungen: „Politische Entscheidungen wie diese konterkarieren jede Bemühung, sich künftigen Herausforderungen verantwortlich zu stellen, wie dies die Arbeiterwohlfahrt durch ihr Ausbildungsengagement tut.“

Auch die AWO Landesgeschäftsführerin freut sich über den Erfolg. „Wir werden die Kampagne weiter voran treiben und auch im kommenden Frühjahr wieder versuchen, Schülerinnen und Schüler zu motivieren“, versichert Andrea Ziegler. Die Ausbildungsplätze werden sich bei der bayerischen Arbeiterwohlfahrt nicht unendlich steigern lassen können, aber das bisher Erreichte auf Dauer zu stabilisieren, wird auch weiterhin Anstrengungen erfordern.

Ausbildung 2010
bei der AWO

Finde deinen Ausbildungsplatz auf
WWW.AWO-AUSBILDUNG.DE

Zukunft Pflegen
www.awo-ausbildung.de

AWO

Hilfen für psychisch kranke Kinder, Jugendliche und deren Familien

Caritas. Mittlerweile leidet schätzungsweise jedes fünfte Kind in Deutschland an Entwicklungs- und Verhaltensstörungen. Jährlich werden 350 erfasste Selbstmorde junger Menschen unter 20 Jahren erfasst. Die tatsächlichen Zahlen liegen weit höher, vermuten Experten. „Psychisch auffällige Kinder und Jugendliche sind oft Wanderer zwischen den Welten der Jugendhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie“, sagte die Referentin für Sozialpsychiatrie beim Landes-Caritasverband Bayern, Hilde Rainer-Münch anlässlich der bundesweiten Woche der seelischen Gesundheit vom 4.-10. Oktober 2010. „In unsere Dienste kommen zunehmend mehr Jugendliche und deren Eltern mit psychischen Problemen, deren Auswirkungen das Leben in Schule, Ausbildung und Arbeit, aber auch das familiäre Zusammenleben erheblich belasten.“ Die Sozialpsychiatrischen Dienste der Caritas in Bayern, die



vorrangig für erwachsene Betroffene zuständig sind, haben in einer Umfrage die Probleme benannt:

- Vielfach fehlt es in der Öffentlichkeit, aber auch bei Betreuungspersonen, an Information über psychische Erkrankung und Störungen sowie den Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern- und Jugendlichen.
- Es fehlen neben der Erziehungsberatung niedrigschwellige Beratungsangebote für auffällige bzw. psychisch kranke Jugend-

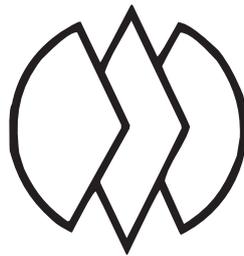
liche und ihr soziales Umfeld, zur Beratung, Begleitung und zur Nachsorge.

- Das Medizinische System und die Versorgung bei Kinder- und Jugendpsychiatern und (Psycho-)Therapeuten ist regional sehr unterschiedlich ausgebaut und in den meisten Regionen nicht ausreichend.
- Besonderer Aufmerksamkeit bedarf die Gruppe der Kinder- und Jugendlichen mit psychisch krankem Elternteil.

Die Zunahme von Anfragen von betroffenen Kindern und Jugendlichen, die Zunahme an komplexen Störungen und die Lücken im Versorgungssystem bedeuten häufig eine Odyssee für die Betroffenen, so Rainer-Münch. Um gerade in der sensiblen Phase des Heranwachsens eine passgenaue Unterstützung zu bieten, schlägt die Caritas vor, das bestehende Versorgungssystem auch in Bayern entsprechend zu erweitern.

Kein Sparprogramm zu Lasten der Kommunen

Bayerischer Landkreistag. Trotz der allgemeinen Zustimmung zu den Sparbemühungen des Bundes reagierte der Präsident des Bayerischen Landkreistages, der Miesbacher Landrat Dr. Jakob Kreidl, auf einen Punkt sehr verärgert. Der Bund beabsichtigt, seinen freiwilligen Zuschuss zur Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose ganz zu streichen und erwartet sich davon Einsparungen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro jährlich bis 2014. „Damit verschiebt der Bund aber die Finanzierungslast nur in die Zukunft und wälzt sie zudem auf die Kommunen ab!“, empörte sich Präsident Dr. Kreidl. „Ohne entsprechende Rentenleistungen landen die Langzeitarbeitslosen später in der Grundsicherung im Alter, die im We-



sentlichen von den Kommunen zu finanzieren ist.“ Zwar könne die Kostenbelastung für die Kommunen nicht exakt beziffert werden, der Wegfall des Bundeszuschusses führe jedoch zu einem erheblichen Einnahmeausfall bei der Rentenversicherung, der sich basierend auf den Zahlen von 2009 allein in Bayern auf knapp 130 Millionen Euro beläuft. „Mit dieser Umverteilung der Finanzierungslast treibt der Bund die Kosten der Grundsicherung im

Alter nochmals in die Höhe. In den vergangenen Jahren sind sowohl die Empfängerzahlen als auch die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter um etwa fünf Prozent jährlich gestiegen. Mit seiner Sparmaßnahme wird der Bund diese Steigerungsraten massiv in die Höhe treiben“, erläuterte Landrat Dr. Kreidl weiter. Der Bund müsse sich endlich aufraffen, die Gängelung der Kommunen durch seine rigiden Sozialgesetze zu lockern. Vorschläge hätten bereits Eingang in die Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene gefunden. „Angesichts der dramatischen Haushaltlage der Kommunen darf man uns aber auf die politischen Entscheidungen nicht länger warten lassen“, so die Forderung des Landkreistages.



Chipkartensystem für Kinder

Der Paritätische Wohlfahrtsverband lehnt das geplante Chipkartensystem für Kinder von Langzeitarbeitslosen ab. „Es macht keinen Sinn, Gutscheine oder Chipkarten für Leistungen auszustellen, wenn man sie vor Ort nicht einlösen kann“, sagte Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider und kritisiert damit das fehlende Angebot vieler Kommunen. Er fordert einen Rechtsanspruch auf Förderangebote für alle Kinder und Jugendliche. Kinder aus armen Familien sollen dafür nichts bezahlen. Bundesarbeitsministerin von der Leyen reagierte erfreut, dass der Verband das Bildungspaket „als Sachleistung positiv sieht. Die stärkere Förderung benachteiligter Kinder ist ein gemeinsames Anliegen, aber die Diskussion darf jetzt nicht ausufern in alles was wünschenswert ist“, sagte sie der *Süddeutschen Zeitung*.

Sozialeinrichtungen beschäftigen 300.000 Mitarbeiter

LAG FW. In Bayern arbeiten rund 300.000 Menschen in Sozialeinrichtungen. Das sind deutlich mehr Beschäftigte als in der Automobilindustrie und ihre Zahl steigt Jahr um Jahr. Solches Datenmaterial liefert die neue Studie „Sozialwirtschaft Bayern“. Sie wurde von der Evangelischen Hochschule Nürnberg im Auftrag der bayerischen Wohlfahrtsverbände erstellt. Die Sozialwirtschaft bietet 800.000 Betreuungsplätze für Kinder, Jugendliche, alte und behinderte Menschen in 18.600 Einrichtungen. Fünf Prozent der Erwerbstätigen in Bayern finden dort Arbeit. Größter Träger ist die Caritas knapp vor der Diakonie und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband. Mit der Studie wollen die Wohlfahrtsverbände das Image des Sozialbereichs als Bittsteller und Kostenfaktor korrigieren. Jeder zweite Euro, der für Soziales ausgegeben werde, fließe in Form von Steuern und Beiträgen wieder an die öffentliche Hand zurück, sagte der Autor der Studie, Hochschulpräsident Hans-Joachim Puch. Als regionaler Wirtschaftsfaktor Sorge der Sozialbereich jedenfalls für stabile Arbeitsplätze und für Aufträge an örtliche Unternehmen. „Die Sozialwirtschaft

war ein Beschäftigungsmotor und wird es bleiben“, sagte Puch. Vor allem für Frauen biete der Sozialbereich der Studie zufolge attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten. 74 Prozent der Beschäftigten sind weiblich gegenüber 45 Prozent in der Gesamtwirtschaft. Als wesentlicher Grund dafür gilt das große Angebot an familienfreundlichen Teilzeitstellen: 44 Prozent der Erwerbstätigen in der Sozialwirtschaft arbeiten in Teilzeit. In der übrigen Wirtschaft sind es nur 25 Prozent.

Wermutstropfen sind allerdings die geringeren Gehälter gegenüber vergleichbaren Berufsgruppen. „Die Verdienstmöglichkeiten in der Sozialwirtschaft gehen nicht mit ihrer gesellschaftlichen Bedeutung einher“, stellt die Studie fest. Der bayerische Diakoniepräsident Ludwig Markert und Landes-Caritasdirektor Karl-Heinz Zerrle sprachen sich für Lohnsteigerungen aus. Damit die Wohlfahrtseinrichtungen dies leisten könnten, müssten allerdings Staat und Kassen die sozialen Dienstleistungen besser refinanzieren. Beide warnten vor drohenden Sozialkürzungen im bayerischen Staatshaushalt.

Anzeige -



Humanität schenkt Anteilnahme, Versicherungsschutz Sicherheit

Wir sichern Sie ab. Schutz für die Betreuten, die Mitarbeiter und für Sach- und Vermögenswerte - als Spezialversicherungsmakler für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, Hilfsorganisationen und öffentlich-rechtliche Einrichtungen in Bayern entwickelt Funk Humanitas bedarfsgerechte Versicherungskonzepte und unterstützt in Schadenfällen - wobei Preis und Leistung stimmen. Gern beraten wir Sie ausführlich - als Ihr unabhängiger Interessenvertreter.

Kontakt: Thomas Dillech (GF FHT)
fon +49 89 544681-80
t.dillech@funk-gruppe.de

Rüdiger Bexte (Prokurist FHT)
fon +49 89 544681-81
r.bexte@funk-gruppe.de



INTERNATIONALE VERSICHERUNGSMAKLER
UND RISK CONSULTANTS

FHT
Funk Humanitas GmbH

Leopoldstraße 175 - 80804 München
FUNK-GRUPPE.COM

Warnung vor weiterem Sozialabbau

LAG FW. Die Wohlfahrtsverbänden in Bayern haben Ministerpräsident Horst Seehofer eindringlich vor einem weiteren Sozialabbau gewarnt. Auch das „Dogma eines ausgeglichenen Haushalts“ rechtfertige keine neuen Sparmaßnahmen im Sozialbereich, sagte Landes-Caritasdirektor Karl-Heinz Zerrle bei der Bayerischen Armutskonferenz in München. Für den Fall sozialer Einschnitte kündigte er entschiedenen Widerstand der Wohlfahrtsverbände an. Der von

der Staatsregierung postulierte Dreiklang von Familie, Bildung und Innovation müsse ergänzt werden durch Hilfen etwa für wohnungslose, suchtkranke und behinderte Menschen, betonte Zerrle. Zugleich kritisierte er scharf die Sparpläne der Bundesregierung. Das von Bundeskanzlerin Angela Merkel vorgelegte Sparpaket werde die Armut in Deutschland noch steigern. „Es ist ein Sparpaket nur für die Armen, sozial unausgewogen und ungerecht.“



Foto: Dr.-Klaus-Uwe-Gerhardt - pixelio

Soziale Eiseskälte

LAG FW. Die Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes um fünf Euro ist ein „unglaublicher sozialpolitischer Skandal.“ Diese Auffassung hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern (LAG FW) vertreten. Die Bundesregierung entferne sich mit solchen Entscheidungen immer weiter von der gesellschaftlichen Realität und stoße die sozial Schwachen immer mehr in die Armut und ins gesellschaftliche Abseits, sagte Landes-Caritasdirektor Prälat Karl-Heinz Zerrle in München. Es fehle der Bundesregierung an sozialer Sensibilität und Verantwortung. „Sparpaket, Gesundheitsreform oder Hartz-IV-Änderung, was da auf dem Tisch der Bundesregierung ist, geht alles zu Lasten der sozial Schwachen. Da ist von sozialer Ausgewogenheit nicht mehr die Rede, da werden einseitig die Schwachen belastet und die Bessergestellten, die

Wirtschaft und die Banken geschont, das ist soziale Eiseskälte.“ Die höheren Einkommen müssten mehr an Schuldeneingrenzung des Staates und an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligt werden. Dies sollte vor allem die Einnahmeseite betreffen, vor allem den Spitzensteuersatz und die Erbschaftsteuer. Die Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes um ein paar Euro entspreche sicher nicht den Erwartungen des Bundesverfassungsgerichtes, das von einem menschenwürdigen Existenzminimum ausgeht. Dies sei keine Sozialpolitik, die sich besonders um die Schwachen kümmere. Die vorgesehene Minimalerhöhung orientiere sich eher an der Kassenlage des Staates. Diese Kassenlage könne man verbessern, wenn man die „starken Schultern in diesem Land mehr belastet, statt immer mehr Lasten auf die schwachen zu laden.“



LAG FW

Mehr Schutz für Spieler

LAG FW. Der Geschäftsführer der bayerischen Landesstelle Glückspielsucht, Andreas Czerny, erwartet künftig mehr Schutz für abhängige Spieler. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg habe das Staatsmonopol bei Glückspiel in Deutschland nicht gekippt, sondern bestätigt, sagte Czerny. Das Gericht habe allerdings Mängel und Unverhältnismäßigkeiten im Glückspielstaatsvertrag der Länder aufgedeckt. Der Staatsvertrag von 2008 verbietet private Wettanbieter. In Schleswig-Holstein hatte ein Anbieter gegen das staatliche Monopol geklagt. „Nun muss im Glückspielrecht etwas passieren“, hofft Czerny auf den neuen Staatsvertrag, über den demnächst die Bundesländer beraten werden. Besonders bei Geldspielautomaten hält er Veränderungen für nötig. „Es könnten die Gewinnmöglichkeiten eingeschränkt werden.“ Außerdem erwartet er, dass die Werbung für Lotto beschnitten wird. Die derzeit geltende Glückspielstaatsvertrag der Länder läuft Ende 2011 aus. Ziel sollte es künftig sein, dass Glückspielsucht und Wettsucht verhindert werden. In Bayern gibt es knapp zwei Jahren in allen Regierungsbezirken 19 Fachstellen, die Glückspielsüchtige und ihre Angehörigen beraten. Laut Czerny registrierten die Stellen im vergangenen Jahr rund 2.000 krankhafte Spieler. Das sei eine Versechsfachung der Fälle seit Beginn der Arbeit.

Vernetzen gegen Armut

Bayerische Armutskonferenz rief zu regionalen Bündnissen gegen Armut auf



Ministerialdirektor Friedrich Seitz vor der 5. Bayerischen Armutskonferenz zu Fragen der „Sozialpolitik aus Sicht der Bayerischen Staatsregierung“.

LAG FW. Sozialministerin Christine Haderthauer reagierte prompt und routiniert. „Wer jetzt die Lage schlechter redet, als sie ist, schadet dem gemeinsamen Anliegen. Bayern federt so wirksam wie kein anderes Land das Armutsrisiko ab, etwa mit Leistungen wie dem Landeserziehungsgeld.“ Dadurch habe Bayern „das niedrigste Armutsrisiko bundesweit.“ Das hatte auch niemand bestritten bei der 5. Bayerischen Armutskonferenz der Wohlfahrtsverbände am 20. Juli 2010 in der Katholischen Stiftungsfachhochschule in München. Aber genau weil Bayern ein so reiches Land sei, könne es um so weniger dulden, dass auch hierzulande seit Jahren immer mehr Menschen in die Armutsfalle rutschen, sagte Landes-Caritas-

direktor Prälat Karl-Heinz Zerrle, der die Armutskonferenz leitete. Dass die Armutsentwicklung auch in Bayern Fahrt aufgenommen hat, bestätigte nicht zuletzt der von der Staatsregierung selbst erstellte Armutsbericht. 13,6 Prozent der Bayern gelten als „armutsgefährdet“. Im Mittelpunkt stehen die vier „A-Gruppen von Armen“, nämlich die Alleinerziehenden, Ausländer, Alten und die „Aufstocker“. Und natürlich Familien mit mehreren Kindern. Wie die achtköpfige Familie aus dem Kosovo, die in München lebt. Dem Vater hat eine Landmine die Beine weggerissen, die Mutter versorgt ihren Mann und die Kinder und arbeitet wenigstens ein paar Stunden in der Gastronomie. Oder der 80-jährige Mann mit kleiner Rente, er ist

allein in seiner Wohnung in München, die das Sozialamt zahlen muss. Knapp 430.000 Personen über 65 leben in Bayern unter der Armutsschwelle. Oder die alleinerziehende Mutter mit ihrem Sohn, die endlich eine Halbtagsstelle gefunden hat. Sie hofft nun, bald aus den Geldsorgen heraus zu sein. Fast 40 Prozent der Alleinerziehenden gelten in Bayern als armutsgefährdet. Die Wohlfahrtsverbände forderten bei ihrer Armutskonferenz ein ganzes Bündel von Maßnahmen, um Armut zu bekämpfen und zu verhindern. Zum Beispiel die Sicherung der Schuldner- und Insolvenzberatung, den Ausbau der vorschulischen Einrichtungen, mehr individuelle Förderung der Schüler und den Ausbau von Ganztageschulen, die Rücknahme die Zahl

atypischer Arbeitsverhältnisse für erwachsene Arbeitnehmer bei gleichzeitiger tarif- und sozialrechtlicher Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse.

Landes-Caritasdirektor Zerrle befürchtete, dass Maßnahmen wie das so genannte Sparpaket der Bundesregierung vom Juni 2010 noch mehr Armut schaffen: „Wir brauchen politische Maßnahmen, die auch die Einnahmen des Staates berücksichtigen, zum Beispiel: Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes darf kein Tabu bleiben. Die Erbschaftssteuer ist gerechter zu gestalten“, sagte Prälat Zerrle. Es gehe nicht an, dass die Schwachen und die Familien nun die Zeche dafür bezahlen müssten, dass sich Banker verzockt hätten. Auf den Prüfstand müsse die gesamte Steuer- und Subventionspolitik, die in den letzten Jahrzehnten zu einer finanziellen Umverteilung von unten nach oben geführt und so Armut geschaffen habe, sagte Knut Lehmann vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. Nicht nur die Bundesregierung, auch die Bayerische Staatsregierung wurde aufs Korn genommen. Die Wohlfahrtsverbände äußerten „nackte Angst vor dem Staatshaushalt 2011“ und befürchteten Kürzungen im Sozialbereich. Es dürfe aber nicht dazu kommen, dass das Desaster der BayernLB und die Folgen der Bankenkrise nun auf dem Rücken der alten und pflegedürftigen, der kranken und behinderten, der psychisch kranken und suchtkranken Menschen, der Kinder und Familien ausgetragen würden. Der „Dreiklang“ der Staatsregierung „Familie, Bildung, Innovation“ müsse vielmehr ergänzt werden durch die Hilfe auch für andere Gruppen von Menschen, wie wohnungslose, suchtkranke und behinderte Menschen. Der Vorsitzende der Bayerischen Arbeiterwohlfahrt, Dr. Thomas Beyer, MdL (SPD), hatte in einem Interview im Vorfeld der Armutskonferenz die Tatsache, dass im „reichen

Bayern 1,6 Millionen Menschen in Armut leben, ein einziges Armutszeugnis für die Staatsregierung“ genannt. Dass sich die Staatsregierung nicht wirklich für diese Menschen interessiere, sei ein Skandal.

Der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Ministerialdirektor Friedrich Seitz, stellte die Ergebnisse des von seinem Ministerium im Juni 2010 vorgelegten Berichts „Soziale Lage in Bayern 2010“ vor. Der Bericht zeige, dass Bayern im Vergleich mit anderen Bundesländern sehr gut dastehe, was auch den sozialpolitischen Leistungen der Staatsregierung zu verdanken sei. Nach der Abfederung der Weltwirtschaftskrise sei es nun notwendig, den Staatshaushalt zukunftsfest zu machen. Dazu werde eine Konsolidierung erforderlich sein. „Die Aufgabe der Sozialpolitik wird dabei sein, dafür zu kämpfen, dass Standards vorrangig außerhalb des sozialen Bereichs abgebaut werden. Ein ´blinder´ Abbau von Sozialstandards würde eine Sanierung auf dem Rücken der Bedürftigen bedeuten. Es gilt zunächst die Spielräume für eine Kostendämpfung außerhalb des sozialen Bereichs zu nutzen und immer die Auswirkungen für die Betroffenen in den Blick nehmen! Wir brauchen keine einseitige Einsparung, sondern eine Prüfung mit Augenmaß“, sagte Seitz.

Vernetzen gegen Armut!

Ein Ziel der Armutskonferenz war es, Strategien zur Bekämpfung regionaler Armut durch regionale Bündnisse zu entwickeln. Die Nürnberger Fachhochschulprofessorin Dr. Sylvia Greifenhagen trug dazu theoretische Grundlagen für die regionale Vernetzung gegen Armut vor. Außerdem wurden Beispiele aus Augsburg, Kelheim, München und

Würzburg vorgestellt. Die Wohlfahrtsverbände wollen den Kampf gegen die Armut noch offensiver führen, so Christa von Thurn und Taxis, die Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes. Deshalb rief sie dazu auf, in jeder großen Stadt und in jedem bayerischen Landkreis regionale Bündnisse gegen Armut zu gründen. Dass sich kein Lokalpolitiker mehr herausreden und auf fehlende Zahlen verweisen kann, dafür hatte der Landes-Caritasverband gesorgt: Er hat ein Modell für regionale Armutsberichte entwickelt. Dann wird man sehen, ob die Situation bloß schlecht geredet wird, wie die Sozialministerin meinte.

Knut Lehmann, bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Mai 2010 Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Bayern, stellte die Forderungen der Freien Wohlfahrtspflege dar und gab ihr zum Schluss als Impulse die Frage nach ihrem Selbstverständnis: „Ist sie Interessenvertretung oder sozialpolitischer Akteur, definiert sie sich über den Status quo, ist auch sie bereit, sich in Frage zu stellen und sich gegebenenfalls zu verändern? Und sie muss sich ordnungspolitisch positionieren, d. h. sich mit den Grundlagen und Konsequenzen der Ökonomisierung kritisch auseinandersetzen und die besonderen Bedingungen sozialstaatlicher Dienstleistungen herausarbeiten. Der Sozialstaat ist die politische Umsetzung der Artikel 1 und 20 des Grundgesetzes und nicht Appendix der neoliberalen Marktwirtschaft.“

Bernd Hein

Dokumentation

Die Armutskonferenz
ist dokumentiert unter:

www.lagfw.de



Rosenheimer Dolmetschernetz

Das „Rosenheimer Dolmetschernetz – Sprach- und Kulturmittler“, ist ein neues, innovatives Projekt in der Region Rosenheim. Die Idee dazu stammt von Melanie Filipovic, einer 22-jährigen Studentin, die im Rahmen ihres Studiums ein Praktikum im Diakonischen Werk absolvierte. Dabei fiel ihr auf, dass Menschen mit schlechten oder ungenügenden Kenntnissen der deutschen Sprache eher selten in die Beratungsstellen kamen oder andere soziale Angebote nutzten. Auch durch eigene familiäre Erfahrungen wusste sie, dass nicht nur die sprachlichen, sondern auch die kulturellen Unterschiede für viele Menschen mit Migrationshintergrund eine Hürde auf dem Weg zu Ämtern und Behörden darstellen. Dadurch ist das Zurechtfinden im Alltag und somit auch die Nutzung der sozialen Angebote und Hilfen erschwert. Oftmals müssen Verwandte oder Kinder als improvisierende Dolmetscher fungieren und überfordern sich damit. Schließlich sind die in Amtsdeutsch formulierten Anträge nicht selten auch für Einheimische ein fast unüberwindbares Hindernis. Wie geht es dann erst den Kindern aus Migrantenfamilien, die, ohne gefragt zu werden, als Dolmetschern fungieren müssen und deren Sprachkenntnisse manchmal über finanzielle Vor- oder Nachteile

entscheiden? Wie viel Verantwortung lastet da auf ihren Schultern! Dieses Projekt soll vor allem auch diese Kinder entlasten und kulturelle Barrieren überwinden. Das Ziel ist, soziale Angebote nutzbar zu machen, Hilfsnetzwerke zu schaffen, Integration der ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen zu fördern, die Chancengleichheit zu steigern und somit deren allgemeine Lebenssituation zu verbessern.

Für das Integrationsprojekt suchten wir mit Unterstützung des Radiosenders Charivari, der örtlichen Presse sowie durch Einsatz von Flyern und Plakaten, vorzugsweise Menschen, die selbst einen Migrationshintergrund haben, über gute deutsche Sprachkenntnisse in Wort, Schrift und Bild verfügen und sich ehrenamtlich engagieren wollten. Reaktion und Bereitschaft waren überwältigend. Insgesamt 16 Frauen und Männer aus zehn verschiedenen Ländern und mit 13 verschiedenen Sprachen haben sich für dieses Projekt begeistern können. Sie absolvierten einen vierwöchigen Vorbereitungskurs, der von Helmut Türk-Berkhan und Melanie Filipovic von der Kirchlichen Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie vorbereitet und geleitet wurde. Innerhalb der Vorbereitung sollte sich

die Gruppe kennen lernen, sowie vieles über sich und andere Kulturen und Sprachen erfahren. In der ersten Phase des Kurses haben die Dolmetscher und Dolmetscherinnen kulturelle Gemeinsamkeiten gesucht und gefunden. Für die zweite Phase konnte Rechtsanwalt Wolfram Steckbeck aus Nürnberg gewonnen werden, der Basiswissen über das Ausländerrecht vermittelte. Am dritten Abend war Dr. Michael Fürst von der Beratungsstelle für Eltern, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Rosenheim als Referent eingeladen.

Durch ihn erhielten die Dolmetscher und Dolmetscherinnen Grundlagen der Kommunikation und Gesprächsführung in Theorie und Praxis. Im weiteren Verlauf erlangte die Gruppe auch Kenntnisse der Sozialstruktur der Stadt und des Landkreises Rosenheim. Am letzten Abend des Ausbildungskurses wurden die Dolmetscher und Dolmetscherinnen für ihr Engagement und ihre Mitarbeit mit Zertifikaten ausgezeichnet, die der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werkes, Peter Selensky, überreichte.

Auch nach dem Ausbildungskurs werden die Ehrenamtlichen fortlaufend an Fort- und Weiterbildungen teilnehmen, sowie durch Gruppengespräche unterstützt. Das Projekt wird weiterhin von Helmut Türk-Berkhan und Melanie Filipovic geleitet und begleitet.

Seit dem offiziellen Start des „Rosenheimer Dolmetschernetzes“ im Mai 2010 können nun Menschen mit Migrationshintergrund aus der Region Rosenheim bei sprachlichen und kulturellen Hürden auf die ehrenamtlichen Dolmetscher und Dolmetscherinnen des Rosenheimer Dolmetschernetzes zurückgreifen. Dank des Engagements der Ehrenamtlichen konnte der Flyer in allen 13 Sprachen erstellt und an alle Gemeinden im Landkreis Rosenheim, der Stadt Rosenheim und verschiedene Behörden verteilt werden. Dank dieser Informationskampagne und der laufenden Mundpropaganda der bestehenden Netzwerke unserer ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen konnte das junge Projekt erfolgreich starten und erfreut sich zunehmender Anfragen.

Das Projekt wird aus Eigenmitteln und Spenden des Diakonischen Werkes Rosenheim finanziert.

Weitere Informationen:

Diakonisches Werk Rosenheim
Kirchliche Allgemeine Sozialarbeit
Klepperstr. 18/OG
83026 Rosenheim
Tel. 08031-2351144
Email: kasa@diakonie-rosenheim.de

BÜCHER

Werner Pichlmeier / Gerd Rose (Hrsg.)

Sozialraumorientierte Jugendhilfe in der Praxis

Handreichung für kommunale Entscheidungsträger am Beispiel der Stadt Rosenheim

Kommunal-Verlag GmbH; Berlin 2010; 119 Seiten
14,90 Euro; ISBN 978-3-87433-101-2

Sozialraumorientierung als ganzheitlicher Ansatz ist Ausdruck eines Paradigmenwechsels in der Sozialen Arbeit und führt in der Umsetzung auf kommunaler Ebene zu grundlegenden strukturellen Änderungen bei den beteiligten Institutionen und Organisationen. Die Handreichung für kommunale Entscheidungsträger zeigt am Beispiel der Stadt Rosenheim, welche Hürden auf dem Weg zu meistern waren und wie nahe Stolpersteine neben Erfolgserlebnissen liegen – eine Entscheidungshilfe für Kommunen, die über Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe beraten, die Mut macht für neue Strukturen und Lösungen. Autorinnen und Autoren aus Forschung und Praxis beleuchten jeweils aus ihrer fachlichen Sicht den Umbauprozess in Rosenheim.

Kurs für pflegende Angehörige

Manual zur Kursgestaltung

Hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

(Reinhardts Gerontologische Reihe, 45)

Ernst Reinhardt Verlag 2010; 353 Seiten; 59,00 Euro
978-3-497-02085-0

Oft sind pflegende Angehörige von ihren vielfältigen Aufgaben heillos überfordert. Ein Pflegekurs, der sachliche Informationen und verständnisvolle Begleitung bietet, kann in dieser Situation ein Rettungsanker sein. Mit diesem Manual können Kursleiter und Dozenten Pflegekurse für Angehörige optimal vorbereiten und durchführen:

- Der modulare Aufbau erlaubt eine flexible Abstimmung auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden.
- Zahlreiche Hinweise zur Organisation, Durchführung und Didaktik beugen vermeidbare Fehler vor.
- Eine CD-Rom mit Vorlagen für Handouts und Folien spart Zeit bei der Vorbereitung.

Lebenslage

alt, arm und wohnungslos

Ethische Aspekte zum Umgang mit einer besonders benachteiligten Randgruppe der Gesellschaft

[Detlef Brem, Bernd Seeberger]

Einleitung

Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (2009) für das Jahr 2008 leben rund 223.000 wohnungslose Menschen als Ärmste der Armen am unteren Rand dieser Gesellschaft, 132.000 davon sind alleinstehend. Gehäuft liegen Beeinträchtigungen vor, die sich aus Problemlagen wie Einkommensarmut, Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Gelegenheitsarbeit, körperlichen, seelischen oder suchtbefragten Erkrankungen, Verlust sozialer Beziehungen und anhaltender Wohnungslosigkeit ergeben (Lutz, Simon, 2007).

Die älteren unter den wohnungslosen Menschen gelten als besonders benachteiligte Teilgruppe, da sich die beeinträchtigenden Lebensbedingungen aus den Lebenslagen *Wohnungslosigkeit* und *Alter* meistens noch verstärken. Als Folge entstehen komplexe Schwierigkeiten bei der Versorgung mit angemessenen Hilfen und bei der Vermittlung in den freien Wohnungs- und Arbeitsmarkt, in den Gesundheitsbereich und in die Altenhilfe. Daher sind spezielle Angebote erforderlich, die hauswirtschaftliche Versorgung, pflegerische sowie sozialpädagogische Betreuung beinhalten und dabei lebenspraktische Unterstützung bis hin zur Übernahme von Selbstversorgungstätigkeiten anbieten (Halas u.a., 2006; Hofstetter, 2006; Reifferscheid, 2006). In diesem



Foto: Maren-Beler-pixelio

Zusammenhang ist zu betonen, dass ältere wohnungslose Menschen im System der freien Wohnungshilfe bundesweit aktuell einen bedeutsamen Anteil von 20 bis 25 Prozent aller Hilfesuchenden einnehmen und mit einer überwältigenden Mehrheit von knapp 90 Prozent männlich sind (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungshilfe, 2010).

Es gibt Hinweise für eine Zunahme der kaum beachteten gesellschaftlichen Randgruppe der älteren wohnungslosen Menschen. Dafür spricht einerseits die demographische Entwicklung: Schon 2003 waren 18 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre und älter; bis 2050 wird eine kontinuierliche Steigerung bis zu einem Anteil von 30 Prozent prognostiziert (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005). Andererseits verarmen vermehrt größere soziale Schichten: Im Zusammenhang damit werden im dritten Armutsbericht der Bundesregierung 13 Prozent der Bevölkerung, ausgehend von der vergleichenden europäischen Untersuchung EU-Silc 2006, als arm bezeichnet (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008). Während über lange Zeit hinweg Altersarmut nur ein Randthema in der Sozialberichterstattung war (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005), mehren sich in jüngerer Vergangenheit Beiträge, die auf eine mögliche Zunahme von Altersarmut und Wege zur Prävention hinweisen (Leiber, 2009; Riedmüller, Willert, 2009; Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, 2008). Nach soziologischen Erklärungsansätzen ist aber mit wachsender Armut ein vermehrtes Risiko, wohnungslos zu werden, verbunden (Gillich, Nieslony, 2000).

Nachdem sich die Gruppe der älteren wohnungslosen Menschen als Teilgruppe der Älteren, Teilgruppe der Armen und Teilgruppe der Wohnungslosen begreifen lässt, ist für eine vertiefte Erforschung der Lebenslagen dieser besonderen Personengruppe ein interdisziplinäres Vorgehen erforderlich, das die theoretischen Grundlagen der relevanten Fachdisziplinen Alter(n)ssoziologie, Armutsforschung und Wohnungslosenforschung zugrunde legt und weiter entwickelt. Daraus ergibt sich, bei der Untersuchung objektive und subjektive Dimensionen, Elemente der Mikro- und Makroebene sowie lebenslaufbezogene und handlungstheoretische Aspekte einzubeziehen, um einen vertieften Einblick in die Lebenslagen älterer wohnungsloser Menschen zu ermöglichen (Voges u.a., 2003). Auf dieser Grundlage aufbauend, wurde für die Studie *Alt und wohnungslos in Bayern* ein eigenes standardisiertes, schriftliches Erfassungsinstrument konzipiert, das mit Hilfe von 43 Fragen die Dimensionen Bildung, Einkommen, Arbeit,

Wohnen, Gesundheit, Straffälligkeit, soziales Umfeld und Hilfesituation erfasst, wobei 16 Fragen lebenslaufbezogene Aspekte und fünf Fragen subjektive Lebensbedingungen erheben (Brem, Seeberger, 2010).

Ergebnisse im Überblick

Im Gegensatz zum hohen Ausmaß der sozialen Ausgrenzung und zur Relevanz für das Hilfesystem steht das mangelnde wissenschaftliche Interesse. So wurden für den bundesdeutschen Raum erst jetzt zwei empirische Untersuchungen vorgelegt, die das Ausmaß der beeinträchtigende Lebensbedingungen älterer wohnungsloser Menschen erheben (Brem, Seeberger, 2010, 2009). Dabei stellt die Studie *Alt und wohnungslos in Deutschland* systematisch und vergleichend Daten über die Lebenslagen älterer wohnungsloser Menschen in der Bundesrepublik Deutschland anhand der Kategorien Umfang, Altersverteilung, Geschlechtsverteilung, Lebenserwartung, Einkommenssituation, Unterkunftsverhältnisse und Dauer der Wohnungslosigkeit zusammen. Die Übersichtsarbeit berücksichtigt verfügbare Daten aus abgeschlossenen Erhebungen für den Zeitraum 1992-2008 und erweitert beziehungsweise verbessert die Datenlage mit Hilfe von Sekundäranalysen an drei neueren Studien aus den Jahren 2003-2007. Die Untersuchung kommt zum Ergebnis, dass die Erforschung der verschiedenen Lebenslagen älterer wohnungsloser Menschen eine differenzierte Vorgehensweise erfordert, die neben weiteren bedeutsamen Kategorien wie Gesundheitszustand, soziale Beziehungen und Hilfesituation auch regionale Unterschiede wie beispielsweise Hilfesystem und Wohnungsmarkt berücksichtigt und mit Hilfe der Merkmale Geschlechtszugehörigkeit und Unterkunftsituation relevante Teilgruppen gegeneinander abgrenzt (Brem, Seeberger, 2009).

Darauf aufbauend erfasst die Studie *Alt und wohnungslos in Bayern* zum ersten Mal das individuelle Ausmaß der beeinträchtigenden Lebensbedingungen von älteren wohnungslosen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland an einer Teilgruppe von 111 älteren wohnungslosen Männern, die in ambulant oder stationär betreuten Wohnformen in sieben bayerischen Einrichtungen der Wohnungshilfe sozialhilferechtlich untergebracht sind. Dabei wird auch das bayerische Hilfesystem ausführlich beschrieben. Ferner werden Veränderungen und Kumulationen von Beeinträchtigungen im Lebenslauf erforscht. Die Untersuchung zeigt auf, dass die befragte Personengruppe von einem hohen Ausmaß

an beeinträchtigenden objektiven Lebensbedingungen, gemessen in den Kategorien Bildung, Arbeit, Einkommen, Wohnen, Gesundheit, Straffälligkeit, soziale Situation und Hilfsituation als Folge der Lebenslagen Wohnungslosigkeit und Alter betroffen ist. Während sich bei einem überwiegenden Großteil früh im Leben beginnende Beeinträchtigungen nachweisen lassen, die im Lauf des Lebens zunehmen, gibt es nur eine kleine Minderheit, die erst spät im Leben von sozialen Abstiegsprozessen, die bis zur Wohnungslosigkeit führen, betroffen sind. Im Gegensatz zu den erheblichen objektiven Beeinträchtigungen liegen positive subjektive Lebensbedingungen vor, so dass die Vermutung besteht, dass betreute Wohnformen bei der Kompensation von objektiven Beeinträchtigungen hilfreich sind. Schließlich erlauben Ausmaß und Schwere der beeinträchtigenden Lebensbedingungen Forderungen nach verbesserten Maßnahmen der Bildungs-, Einkommens- und Arbeitspolitik im Rahmen einer allgemeinen Armutsbekämpfung zu (Brem, Seeberger, 2010).

Überlegungen für eine Ethik Sozialer Arbeit in der Wohnungslosenhilfe

Die gesellschaftliche Existenz von Alter(n)sformen, die wie bei älteren wohnungslosen Menschen durch ein hohes Ausmaß an Armut und den damit verbundenen Folgen der Stigmatisierung, Diskriminierung und sozialen Ausgrenzung gekennzeichnet sind, wirft vielfältige ethische Fragen des verantwortlichen Umgangs mit älteren wohnungslosen Menschen auf. Der dazu erforderliche Entwicklungsprozess von ethischen Aspekten Sozialer Arbeit wird als Teil wissenschaftlich begründeter sozialpädagogischer Reflexionskompetenz verstanden (Lob-Hüdepohl, 2007).

Ältere wohnungslose Menschen haben wie alle Menschen ein Recht auf Achtung und Schutz ihrer menschlichen Würde und, daraus abgeleitet, ein Recht auf eine selbstbestimmte Lebensführung mit den Merkmalen Eigenverantwortung, Selbst- und Fremdachung sowie gesellschaftliche Teilhabe. Vor dem Hintergrund der gehäuften Beeinträchtigungen dieser besonderen Personengruppe stellt sich die Frage, wie das Recht auf Autonomie als Ausdruck der menschlichen Würde durch Soziale Arbeit im Handlungsfeld Wohnungslosenhilfe gefördert und geschützt werden kann. Auf der einen Seite leiden ältere wohnungslose Menschen unter großer Armut in allen Lebensbereichen, die zu sozialer Ausgren-

zung führt, auf der anderen Seite sind Phänomene der sozialen Zuschreibung und Stigmatisierung mit diskriminierenden Folgen bekannt. So stellt Diskriminierung eine Verletzung des menschlichen Grundrechts auf Gleichheit dar, während bestimmte Formen von Armut und damit verbundene soziale Ausgrenzung als Verletzungen der menschlichen Grundrechte auf gesellschaftliche Teilhabe verstanden werden können. In diesem Zusammenhang sind über ältere wohnungslose Menschen Probleme bei der Vermittlung in Wohnung und Arbeit und beim Zugang zum Gesundheitssystem bekannt. Dabei werden die Verfügbarkeit einer sicheren Unterkunft mit baulichen Mindeststandards, die Ausübung einer existenzsichernden Beschäftigung und ein vorhandener Krankenversicherungsschutz sozialrechtlich als elementare Bestandteile einer menschenwürdigen Lebensführung angesehen. Die Bekämpfung von Diskriminierung, Armut und sozialer Ausgrenzung gelten sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene als sozialpolitische Ziele. Vor diesem Hintergrund lassen sich Forderungen aufstellen, ein Diskriminierungsverbot wegen Armut sowie Rechte auf angemessene Wohnung und Arbeit als zusätzliche Grundrechte in das Grundgesetz aufzunehmen, um deren besondere menschenrechtliche Bedeutung verfassungsrechtlich zu unterstreichen.

Grundsätzlich steht Soziale Arbeit, die im Handlungsfeld Wohnungslosenhilfe das Ziel verfolgt, die Autonomie von älteren wohnungslosen Menschen zu fördern und zu schützen, vor der Aufgabe, wie sie sich auf der gesellschaftlichen Ebene aus ethischen Gründen positioniert. Der allgemein erhöhte Unterstützungsbedarf von älteren wohnungslosen Menschen, der aus einem vermehrten Fehlen von Fähigkeiten zur selbstbestimmten Lebensführung resultiert, wirft Fragen nach dem Verhältnis von Verteilungsgerechtigkeit im Zeichen von Solidarität und Leistungsgerechtigkeit auf, da die Hilfen von den leistungsfähigen für die leistungsschwachen Mitglieder der Gesellschaft finanziert werden sollen. Soziale Arbeit im Handlungsfeld Wohnungslosenhilfe muss sich dabei entscheiden, in welchem Umfang sie sozialpolitisch im Zeichen von Konfliktsolidarität für ältere wohnungslose Menschen tätig sein will, wie sie Pflichten- und Solidarität als gesellschaftlichen Konsens fördern kann und in welchen Fällen sie Beistandssolidarität im Zeichen von Barmherzigkeit und Mildtätigkeit ausüben soll. Das ethische Gestaltungsprinzip Nachhaltigkeit beinhaltet den effektiven und effizienten Einsatz von gesellschaftlichen Möglichkeiten der Hilfe zur Förderung der Autonomie von älteren wohnungslosen Menschen und sieht daher grundsätzlich nur eine befristete Unterstützung durch Soziale Arbeit vor. Auch der Grundsatz Subsidiarität begreift sich als vorübergehende beistehende Hilfe zur Wiedererlangung der Fähigkeiten zur

selbstbestimmten Lebensführung. Damit stehen die ethischen Prinzipien Nachhaltigkeit und Subsidiarität grundsätzlich im Widerspruch zu bestimmten Problemlagen von älteren wohnungslosen Menschen, die einen langfristigen oder dauerhaften Hilfebezug erfordern.

Formal gibt es rechtliche und organisatorische Strukturen zur erfolgreichen Bekämpfung von Wohnungslosigkeit durch ordnungs- oder sozialhilferechtliche Unterbringung sowie weitere eingliederungsfördernde und existenzsichernde Unterstützungsangebote im Sozialrecht. Im Gegensatz dazu stellen inhaltliche Komplexität, getrennte Zuständigkeiten sowie hohe Mitwirkungspflichten gegenüber Unterstützung suchenden älteren wohnungslosen Menschen Überforderungen dar, die Gefühle der Unfähigkeit und des Scheiterns vor sich selbst sowie gegenüber der Gesellschaft zusätzlich verstärken können. Darüber hinaus liegen Beispiele vor, dass der formale rechtlich-organisatorische Rahmen den erhöhten Unterstützungsbedürfnissen von älteren wohnungslosen Menschen nicht gerecht wird. So sind sowohl Probleme bei der Vermittlung in Wohnung und Arbeit als auch bei der Realisierung von Sozialleistungsansprüchen bekannt. Ferner haben ältere wohnungslose Menschen erhöhte, kaum tragbare finanzielle Belastungen, wenn sie als chronisch Kranke vermehrte Zuzahlungen für Medikamente leisten müssen.

Damit ergibt sich für Soziale Arbeit im Handlungsfeld Wohnungslosenhilfe auf der Beratungs- und Strukturebene die Aufgabe, die Autonomie von älteren wohnungslosen Menschen, die nur über eingeschränkte Fähigkeiten zur selbstbestimmten Lebensführung verfügen, in einem komplexen Sozialrechtssystem zu erhalten, zu fördern und zu schützen. Auf der Beratungsebene sind besondere Fähigkeiten bei der Anwendung der professionsmoralischen Grundhaltungen Aufmerksamkeit, Achtsamkeit, Assistenz und Anwaltschaft notwendig. Auf der strukturellen Ebene sind Positionierungen im Zeichen eines Sozialmandats zu verschiedenen Problemstellungen erforderlich. Soweit ältere wohnungslose Menschen nicht in der Lage sind, das bestehende Sozialrechtssystem zu verstehen und die damit verbundenen behördlichen Mitwirkungspflichten zu erfüllen, ergibt sich die Forderung, den notwendigen Bedarf an Beratung und persönlicher Betreuung zum Ausgleich der vorliegenden Hilflosigkeit standardmäßig sicherzustellen und dabei vorhandene Schwellen im

Sozialleistungssystem zielgerichtet abzubauen. Dies gilt vor allem für öffentlich-rechtliche Behörden wie ARGEN (Arbeitsgemeinschaften) und Sozialämter, die über existenzsichernde Sozialleistungen entscheiden. Um die notwendige Nutzung des Gesundheitssystems zu gewährleisten, empfehlen sich erhöhte Freigrenzen für ältere wohnungslose Menschen, die chronisch krank sind und auf dem sozialrechtlichen Existenzminimum leben. Schließlich erfordert die gesellschaftliche Eingliederung von älteren wohnungslosen Menschen in die Lebensbereiche Wohnen und Arbeit im ambulanten Bereich die Schaffung geeigneter öffentlich geförderter Arbeitsmöglichkeiten und die Konzeption neuer betreuter Wohnformen.



Foto: Inge Mayer

Literaturverzeichnis

Brem, D.; Seeberger, B. (2010): Alt und wohnungslos in Bayern. Eine Untersuchung über Lebenslagen von älteren wohnungslosen Männern in betreuten Wohnformen. In: Sozialer Fortschritt, Heft 8, 2010, Berlin, S. 219 – 229

Brem, D.; Seeberger, B. (2009): Alt und wohnungslos in Deutschland. Eine Untersuchung über vorhandene Daten zu Lebenslagen älterer wohnungsloser Menschen. In: Sozialer Fortschritt, Heft 9 - 10, 2009, Berlin, S. 226 – 234

Weitere Literaturhinweise beim Verfasser (E-Mail: d.brem@web.de)

PRÄVENTION spart Geld

Fachtagung der LAG Ö/F zur Wohnungslosenhilfe

Alkoholkrank, geschieden, arbeitslos, überschuldet, Räumungsklage: Endstation Straße, mit allen Konsequenzen: Mangelernährung, täglicher Suff, betteln, Krankheiten. Zur Münchner Bahnhofsmission ging Alfred Neumann nur, weil er Hunger hatte. Dort bekam er natürlich etwas zum Essen, aber noch viel mehr: Er ließ sich auf das Angebot ein, es doch einmal in der Herzogsägmühle zu versuchen. Dort war ein Dach über dem Kopf auf ihn und warmes Essen. Die Herzogsägmühle, eine Einrichtung der Diakonie im Landkreis Weilheim-Schongau, ist spezialisiert auf den Umgang mit Menschen wie Alfred Neumann. Seit 116 Jahren schon finden sie dort Obdach, Beratung und Therapie. Auch Alfred Neumann war in guten Händen. Routiniert und doch auf seine ganz eigene Lebenssituation bezogen griff das Auffangnetz: Erste Gespräche bauten Vertrauen auf. Ja, er wollte wieder zurück ins Leben. Mit dem Bezirk Oberbayern wurde die Kostenklärung eingeleitet. Ein Hilfeplan wurde erarbeitet, ein ganzes Team war beteiligt: Aufnahmearzt, Psychologischer Dienst, Casemanagement und andere mehr. Nach zwei

Jahren ist Alfred Neumann bereit für ein eigenständiges neues Leben außerhalb der Einrichtung. Viel ist bereits geschafft: Er ist trocken, dabei half die Suchtberatung. Die Insolvenzberatung leitete das Insolvenzverfahren ein, er hat EDV-Kurse und den Staplerführerschein gemacht. Nun hat er einen unbefristeten Arbeitsvertrag als Lagerist und lebt in einer eigenen Wohnung. Und wenn er Hilfe braucht, dann weiß er, wohin er sich wenden kann. Ein Happyend, das bei einer Fachtagung der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern (LAG Ö/F) Ende Juni 2010 in der Herzogsägmühle zur Sprache kam.

Auch Happyends fallen nicht vom Himmel. Sie haben finanzielle, strukturelle und fachliche Voraussetzungen. „Neue Qualität in der Wohnungslosenhilfe in Bayern. Praxiserfahrungen und Entwicklungsperspektiven“ hieß das Thema, zu dem 120 Fachleute von Wohlfahrtsverbänden, Arbeitsagenturen und Kommunen aus ganz Bayern gekommen waren. Sie waren sich einig: Wohnungslosigkeit wird zunehmen, und die Probleme



120 Expertinnen und Experten der Wohnungslosenhilfe aus Bayern trafen sich in der Herzogsägmühle zu einer Fachtagung der LAG Ö/F.

der Betroffenen werden immer komplexer. Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft konfrontiert die Fachstellen mit ganz neuen Gruppen: mit verarmten Frauen aus der Mittelschicht oder mit verarmten pflegebedürftigen alten Menschen, mit jungen Erwachsenen, die noch nicht wohnungslos sind, aber schon erhebliche soziale Schwierigkeiten haben. „Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation einiger Regionen, Städte und Landkreise in Bayern kann sich die Wohnungslosigkeit zukünftig noch verschärfen“, fürchtet Thomas Duschinger, Leiter der Zentralen Koordinierungsstelle Wohnungslosenhilfe Südbayern. „Wohnungslosigkeit ist heute auch ein Thema abseits der Ballungsräume geworden. Noch zu viele Menschen werden mangels professioneller Unterstützung obdachlos, leben zu lange und ohne Betreuung in schlecht ausgestatteten Notunterkünften oder in prekären Wohnverhältnissen, z.B. bei Bekannten“, ergänzte Willi Kronberger, Koordinator Wohnungslosenhilfe Nordbayern.

Erhalt von Wohnraum hat Priorität

Dr. Thomas Specht von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe aus Bielefeld stellte strategische Ziele für die Neuausrichtung der Wohnungslosenhilfe vor: Ergänzung der bestehenden Hilfesysteme durch die Prävention, Neuausrichtung auf den sozialen Raum (Orientierung an den Menschen, die in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben), Bündelung der Hilfen statt Zersplitterung im Rahmen der Arbeitsmarktreflexionen und schließlich Aufgeben der bisherigen Arbeitsteilung zwischen kommunaler Obdachlosenhilfe und freigemeinnütziger Wohnungslosenhilfe. Dem konnte die LAG Ö/F nur zustimmen und auf ihr Rahmenkonzept „Hilfen für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen in Bayern“ aus dem Jahr 2009 verweisen, das Hilde Rainer-Münch vom Landes-Caritasverband und Vorsitzende des Fachausschusses Wohnungslosenhilfe der LAG Ö/F und Robert Kern (Stadt Augsburg) vorstellten. Die Expertinnen und Experten waren sich einig. Mit den Worten von Thomas Duschinger: „Die Unterstützung und Beratung von Mieterinnen und Mietern beim Erhalt von Wohnraum ist an die erste und prominenteste Stelle in der Angebotspalette der qualitativen Wohnungslosenhilfe getreten. Der Abbau bestehender Obdachlosenunterbringung und die Vermittlung in

adäquaten Wohnraum mit und ohne Betreuung ergänzt dann das bestehende Hilfeangebot.“

Prävention ist ökonomisch sinnvoll

Dass für die betroffenen Menschen rechtzeitiges Helfen und Vorbeugen besser ist als Heilen, ist im Sozialbereich ein Allgemeinplatz. Matthias Jung von der Universität Augsburg wies aber nach, dass Prävention auch für die Kostenträger der Wohnungslosenhilfe kostengünstiger ist als Wohnungslosenhilfe im Nachhinein. Hilde Rainer Münch: „Dieses neue Verständnis der Gemeinwesenorientierung und der Ökonomie in der Wohnungslosenhilfe sind wichtige Beiträge, die letztendlich auch Entlastung für die Kassen Kommunen und Landkreise bringen. Das müssen diese nur endlich auch realisieren!“ Sie wies noch auf einen anderen Aspekt hin, der Lebensqualität schafft und gleichzeitig Kosten spart: „Die Unterbringung von Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten in stationären Einrichtungen und die Unterstützung durch ambulante Fachberatungsangebote (niedrigschwellige Tagesaufenthalte und Übernachtungsstellen) der Wohlfahrtsverbände ist eine erhebliche Leistung zum Bestand der öffentlichen Sicherheit in den Städten und Landkreisen.“

Aus der Praxis

In acht Fachforen wurden Beispiele für gelungene Präventionsprojekte vorgestellt und Perspektiven für die Zukunft ausgezogen. Das lebensweltbezogene Kunst- und Kulturprojekt artGerecht aus Würzburg hat die Kreativität und das Selbstbewusstsein obdachloser Menschen gefördert und ihre Lebenswelt ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt. Die dabei entstandenen Kunstobjekte sind schon in mehreren Ausstellungen gezeigt worden und haben großes Interesse gefunden. Bildung für alle realisiert die Nürnberger Straßenkreuzer Uni: Professoren gehen in Obdachloseneinrichtungen zu Vorlesungen mit Diskussion, im Sommersemester 2010 zum Beispiel über Recht und Gesetz, Neue Medien, Ernährung und, natürlich, die Fußball-Weltmeisterschaft aus wissenschaftlicher Perspektive. Vorgestellt wurden eine Münchner Initiative zur aufsuchenden Hilfe für desorganisierte Haushalte, das H-Team, Fachstellen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit in Rosenheim und Penzberg, das kommunale Wohnungsbauprogramm der Landeshauptstadt München für besondere Zielgruppen und die Vernetzung der Wohnungslosenhilfe mit den psychosozialen Hilfesystemen am Beispiel der Versorgungsregion Oberbayern Süd-West.

Bernd Hein

Dokumentation

Eine Dokumentation der Tagung findet Sie unter:

www.wohnungslosenhilfe-bayern.de

Otto Speck

Schulische Inklusion aus heilpädagogischer Sicht

Rhetorik und Realität

Ernst Reinhardt Verlag 2010

151 Seiten; 19,90 Euro

ISBN 978-3-497-02175-8

Seit 40 Jahren wird um den Leitbegriff der Integration gemeinsames Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung diskutiert und erprobt. Nicht alle Ansätze hatten den gewünschten Erfolg. Nun richten sich neue Hoffnungen auf den aktuellen Begriff Inklusion. Fortschritte sind – so konstatiert Speck – allerdings bisher eher in der Rhetorik als in der Praxis zu verzeichnen. Jenseits ideologischer Überzeichnungen versucht er, sich dem Prinzip des gemeinsamen Lernens durch praktikable Lösungen zu nähern, ohne dass die Bedürfnisse von Kindern mit Behinderung zu kurz kommen. Speck geht es um mehr Objektivität in der normativen Auseinandersetzung und um mehr Klarheit in den Konzepten für die Praxis.

Inga Bethke-Brenken /
Günter Brenken

Aufbruch in den Ruhestand Anleitung zum Gestalten und Genießen

Ernst Reinhardt Verlag 2010

248 Seiten; 16,90 Euro

978-3-497-02150-5

Wer kurz vor der Rente steht, fühlt sich oft verunsichert: Drohen nach dem ausgefüllten Berufsleben Langeweile, Einsamkeit und Sinnkrise? Was tun mit der freien Zeit? Gehört man nun zum „alten Eisen“, wird nicht mehr gebraucht? Dieser Ratgeber zeigt, wie sich der Ruhestand kreativ gestalten lässt. Acht Verhaltenstypen stehen Pate, um einseitige Lebensmuster zu entlarven, Trägheit und Unentschlossenheit zu überwinden und sich in neuen Aufgaben zu bewähren.

Theo R. Payk

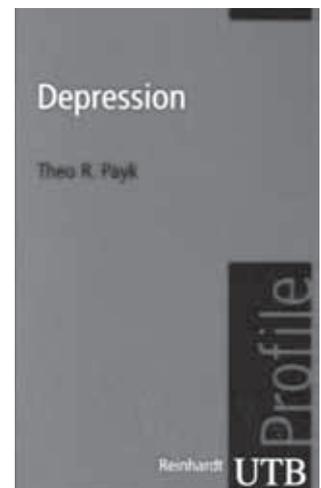
Depression

Ernst Reinhardt Verlag 2010

96 Seiten; 12,90 Euro

UTB-Profile (978-3-8252-3372-3)

Millionen Menschen leiden an depressiven Störungen, die selbst von Ärzten und Psychologen oft nicht erkannt werden. Dieses Buch informiert über die Depressionsarten und –formen und zeigt an Fallbeispielen die vielgestaltigen Symptome auf. Diagnostisches Vorgehen und Untersuchungsmethoden werden eingehend beschrieben, gefolgt von einer kritischen Darstellung der gegenwärtigen Theorien und Forschungsergebnisse zu den Ursachen und Entstehungsbedingungen. Abschließend wird erklärt, wie man Depressionen vermeiden und behandeln sowie Rückfällen begegnen kann.



Theo R. Payk

Demenz

Ernst Reinhardt Verlag 2010

88 Seiten; 12,90 Euro

UTB-Profile (978-3-8252-3371-6)

Demenz hat sich zur Volkskrankheit entwickelt, die Zahl der Erkrankungen steigt ständig. Woran erkennt man den schleichenden Beginn einer Demenz? Erste Anzeichen sind auffälliges Verhalten und Erleben sowie verminderte Leistungsfähigkeit. Symptome werden an typischen Fallbeispielen anschaulich erläutert. Es folgt ein Überblick über Untersuchungsmethoden und diagnostische Zuordnung der unterschiedlichen Demenzformen. Aktuelle Erkenntnisse und Hypothesen zu Entstehungsrisiken werden diskutiert. Schließlich werden Behandlungs- und Betreuungsmaßnahmen vorgestellt und rechtliche Fragen geklärt.

